

16. April

3 / 2020

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



+++ Milliardenhilfe beschlossen +++ Corona-Virus sorgt für Einschränkungen +++ Klar gegen Rechtsextremismus +++ Mehr Befugnisse für Polizei +++ Enquete-Kommission kommt +++ Eckwerte für Hochschulen +++ Petitionsausschuss zu freier Schulwahl +++ 30 Jahre Schloss – Mecklenburgische Volkszeitung +++





Titelfoto: Uwe Sinnecker

3–31	AUS DEM PLENUM	Miliardenhilfe beschlossen Corona-Pandemie: Landtag verabschiedet Nachtragshaushalt Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Nikolaus Kramer (AfD), Torsten Renz (CDU), Simone Oldenburg (DIE LINKE), Thomas Krüger (SPD)
16	Auszüge aus der Original-Debatte	Klar gegen Rechtsextremismus CDU, SPD und DIE LINKEN stellen gemeinsamen Antrag Julian Barlen (SPD), Innenminister Lorenz Caffier, Ann Christin von Allwörden (CDU), Nikolaus Kramer (AfD), Simone Oldenburg (DIE LINKE)
24–30	Berichte	Corona-Virus sorgt für Einschränkungen Polizei erhält mehr Befugnisse Enquete-Kommission kommt Keine Dauer-Flaggen am Schweriner Schloss
31–32	Meldungen	Nächste Volkszählung 2021 Flüchtlingskinder aus Griechenland Eckwerte weisen Hochschulen den Weg Elternzeit heißt Teilzeitplatz Keine gezielte Jagd auf Kolkraben Debatte um Jurastudium Neue Mitglieder für drei Gremien Ausschuss bestimmt Vertrauensleute Kooperatives Ehrenamt Kritik am Abrechnungssystem
33	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
34–37	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Wirtschaftsausschuss bei HAB Wusterhusen Zeugenvernehmung zu Wohlfahrtsverbänden Expertenanhörung Parlamentsforum Südliche Ostsee Petitionsausschuss zum Thema Schule
38–39	Das Schloss vor 30 Jahren	„Frecher als die Etablierten“
40	Chronik	

**IMPRESSUM**

Herausgeber:  
**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**  
 - Öffentlichkeitsarbeit -  
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151  
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
 Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
 Gerhard Reichert, Anna-Maria Leistner

**Layout:** Uwe Sinnecker

**Druck:** produktionsbüro TINUS  
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 20.03.20



Um einen Mindestabstand von 1,5 m zwischen den Abgeordneten zu gewährleisten, musste die Sitzordnung geändert werden. Manche Abgeordnete saßen auf separaten Stühlen.

Foto: Uwe Sinnecker

## Milliardenhilfe beschlossen

Corona-Pandemie: Landtag verabschiedet Nachtragshaushalt

■ Wie viel Geld nimmt das Land in den kommenden beiden Jahren ein? Wie viel gibt es aus? Und wofür? Keine vier Monate ist es her, dass die Abgeordneten im Landtag den Haushalt für 2020 und 2021 verabschiedeten. Und doch mussten sie schon jetzt im Eiltempo über neue Ausgaben beraten. 1,1 Milliarden Euro standen zur Debatte. Geld, das der Wirtschaft im Land durch die Corona-Krise helfen soll. Der Nachtragshaushalt war nicht der einzige Punkt, der die Aprilsitzung des Landtags zu einer der ungewöhnlichsten seiner Geschichte machte.

Mittwoch, 1. April, kurz vor 10. Wer zum Plenarsaal möchte, muss Zeit mitbringen. Oder die Treppe nehmen. Im Fahrstuhl, wo sich sonst schon mal bis zu fünf Leute drängen, gilt heute: Nicht mehr als zwei Personen pro Fahrt. Abstandsregel ist Abstandsregel. Auch im Lift.

10 Uhr. Wie gewohnt ruft der Gong die Abgeordneten in den Plenarsaal. Weil 1,5 Meter Mindestabstände und 71 Abgeordnete hier nicht zusammenpassen, kommt jede Fraktion mit weniger Mitgliedern zur Sitzung. Gut die Hälfte der

Abgeordneten sind da. Einige tragen Mundschutz und Einweghandschuhe. Im Saal sind zusätzliche Stühle verteilt. Wer wo sitzt, ist mit Zetteln markiert.

Die Aktuelle Stunde entfällt. Die Gesetze zum Finanzausgleich sowie zur Beseitigung tierischer Nebenprodukte werden ohne Debatte beschlossen, die Regierungspläne, Grundschullehrern mehr Geld zu zahlen, zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

Eine halbe Stunde nach Sitzungsbeginn ruft Landtagspräsidentin Birgit Hesse bereits Tagesordnungspunkt 4 auf: die erste Lesung zum Nachtragshaushalt für 2020. Der Stillstand des öffentlichen Lebens bringt viele Unternehmen, Selbstständige und Vereine in Not und Arbeitsplätze in Gefahr. Deshalb hat die Landesregierung zusätzlich zu den Hilfen vom Bund einen Schutzfonds errichtet. Geld, das so im Haushalt nicht eingeplant ist und dem der Landtag zustimmen muss. Der Ernst der Lage spiegelt sich auch in der Debatte wider. Führen Haushaltsberatungen sonst zu einem kontroversen Schlagabtausch zwischen Regierungsfaktionen und Opposition, gibt es heute nicht einmal Zwischenrufe. Die Redezeit ist kurz: zehn Minuten für jede Fraktion. Das Limit gilt auch für die Landesregierung. Es sind die einzigen Redebeiträge an diesem Tag. Nach jedem Redner werden Pult und Mikrofone desinfiziert. Unter allen Fraktionen herrscht Einigkeit: Die Hilfen sind richtig und wichtig und müssen nun alle Betroffenen zügig erreichen. Trotzdem muss auch der Nachtragshaushalt das reguläre Gesetzgebungsverfahren

einhalten. Um beiden Ansprüchen gerecht zu werden, treffen sich Finanz- und Wirtschaftsausschuss sofort nach der ersten Lesung zu einer gemeinsamen Beratung. Gut eine Stunde später empfehlen sie dem Landtag, dem Nachtragshaushalt zuzustimmen. Wie im Ältestenrat verabredet, beginnt der Landtag anschließend gleich mit der Zweiten Lesung. Wortmeldungen sind nicht geplant. Landtagspräsidentin Birgit Hesse eröffnet die Abstimmung. Fünf Minuten später ist der Nachtragshaushalt einstimmig beschlossen, 12.52 Uhr eine außergewöhnliche Sitzungswoche beendet. *Gesetzentwurf Landesregierung 7/4821 Beschlussempf. Finanzausschuss 7/4854* *Gesetzentwurf Landesregierung 7/4822 Unterrichtung Landesregierung 7/4836* *Beschlussempf. Finanzausschuss 7/4855*

### Stichwort Nachtragshaushalt

Der Nachtragshaushalt hat ein Volumen von 1,1 Milliarden Euro. Damit sollen unter anderem Soforthilfen für Unternehmen und Selbstständige finanziert sowie Krankenhäuser bei der Beschaffung von Intensivbetten und Beatmungsgeräten unterstützt werden. Erstmals seit 2006 macht das Land dafür neue Schulden. Der Landtag hat die Landesregierung außerdem aufgefordert, einen Sozialfonds für ehrenamtlich Engagierte, gemeinnützige Organisationen und soziale Einrichtungen zu errichten und sich beim Bund für eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes einzusetzen.



Das Pult wurde nach jedem Redner desinfiziert. Auf Wassergläser wurde aus hygienischen Gründen verzichtet.

Foto: Uwe Sinnecker

Landtagspräsidentin Birgit Hesse:

„Die Corona-Krise hat unser aller Leben nachhaltig beeinflusst.“

Foto: Jens Büttner



Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle ein paar Worte: Die Corona-Krise hat uns, unser aller Leben nachhaltig beeinflusst. Viele Menschen müssen mit Einschränkungen leben beziehungsweise stehen täglich vor besonderen Herausforderungen. Vieles ist in den vergangenen Tagen zu dem besonderen Engagement des medizinischen und des Pflegepersonals gesagt worden,

zu den Leistungen der Mitarbeiter in den Supermärkten, der Rettungskräfte und der vielen Menschen, die für uns alle im Kampf gegen das Virus an vorderster Front stehen.

Ich möchte heute – und sehen Sie es mir nach, dass ich das an dieser Stelle auch deutlich mache – mich diesem Dank anschließen und eine weitere Berufsgruppe, die in diesen Tagen vor besonderen Herausforderungen steht, nennen, und das sind unsere Reinigungskräfte. Sie sorgen jeden Tag und insbesondere in Vorbereitung auf diese Landtagssitzung dafür, dass alles dafür getan wird, für den Schutz der Abgeordneten und natürlich auch der Mitarbeiter und aller im Schloss und den Liegenschaften des Landtages Tätigen. Alles, womit wir heute in Berührung kommen, ist desinfiziert, auch zum Beispiel das Rednerpult wird nach jedem Redner gereinigt. Und gestatten Sie mir an dieser Stelle einfach mal, Danke zu sagen an unser Reinigungspersonal.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)*



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:  
 „Mein besonderer Dank  
 gilt denen, die für unsere  
 alltägliche Versorgung  
 sorgen.“

Foto: Jens Büttner



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Bürgerinnen und Bürger, vor allem im Livestream! Die Lage ist ernst, sie ist sehr ernst. Unser Land steht mitten in einer großen Herausforderung, in einer Herausforderung, die noch nie so groß war seit Gründung unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern. Das Corona-Virus bedroht unsere Gesundheit und bedroht die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und auch Teile unseres sozialen Zusammenhaltes. Das Corona-Virus hat sich weltweit ausgebreitet. Die WHO spricht von einer Pandemie, und das heißt, dass dieses Corona-Virus nicht nur unser Land, nicht nur Deutschland, sondern mittlerweile fast alle Staaten der Weltgemeinschaft in Atem hält.

Was ist so gefährlich an diesem Corona-Virus? Das Corona-Virus breitet sich schnell aus, ganz einfach, es ist unsichtbar, es ist ein unsichtbarer Feind, gegen den wir kämpfen, und es gibt noch kein Medikament und keinen Impfstoff. Und all das macht das Corona-Virus so gefährlich.

Deshalb, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, haben wir in den letzten Tagen Maßnahmen getroffen, die wir uns alle so zu Beginn des Jahres nie hätten vorstellen können. Wir haben in einem Eiltempo von Tag zu Tag Entscheidungen treffen müssen und haben diese Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen getroffen, in Abstimmung mit Experten, nach vielen Beratungsrunden und vor allem mit einer absoluten Priorität: die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen, die Gesundheit der Bevölkerung zu sichern. Das steht vor allem.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, dazu sind in den letzten Tagen viele Maßnahmen getroffen worden, von der Schließung von Kitas und Schulen über Schließung von

vielen Läden bis hin zur Schließung des Tourismus. Nur die notwendigsten Dinge sind noch offen und wir alle halten und müssen uns an ein Kontaktverbot halten.

Und ich möchte an allererster Stelle mich ganz herzlich bei den Bürgerinnen und Bürgern des Landes bedanken, die in ganz, ganz großer Mehrheit diese Maßnahmen nicht nur unterstützen, sondern sie tragen und umsetzen. Das ist Voraussetzung im Kampf gegen das Corona-Virus. Kein Gesetz, keine medizinische Versorgung kann alleine diesen Kampf führen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen mitziehen, müssen sich an diese Regeln halten und müssen sie beachten, und deshalb meinen Dank an unsere Bürgerinnen und Bürger, die genau das tun.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
 der SPD, CDU und DIE LINKE)*

Ziel ist es, mit diesen Maßnahmen Kontakte so viel wie möglich zu vermeiden und Zeit zu gewinnen, Zeit zu gewinnen, unser Gesundheitssystem zu rüsten für diese Pandemie, um sicherzustellen, dass jede und jeder, der am Corona-Virus erkrankt und vielleicht sogar schwer erkrankt, die beste medizinische Versorgung hat. Das Gesundheitssystem, bei aller Diskussion, das Gesundheitssystem in Deutschland ist ein gutes System. Wir haben 28.000 Intensivbetten für das Corona-Virus, die meisten Betten zum Beispiel in Europa, aber wir müssen aufrüsten. Das haben wir in den letzten Tagen getan, die Kliniken, die Ärzte haben sich darauf eingestellt, und deshalb möchte ich an dieser Stelle dem gesamten medizinischen Personal, den Schwestern, den ÄrztInnen, aber auch allen, die hinter den Kulissen arbeiten, bis hin zur Reinigungskraft, ganz herzlich danken, dass sie bereitstehen für die medizinische Versorgung des Corona-Virus.

Aber wir dürfen nicht vergessen, das Corona-Virus setzt nicht andere Erkrankungen aus. Trotzdem muss der Blinddarm, der entzündete Blinddarm, operiert werden, trotzdem müssen Krebspatienten behandelt werden, trotzdem wollen wir, dass Kinder geboren werden. All das, was das Gesundheitssystem Tag und Nacht leistet, muss weitergehen, und trotzdem muss es gerüstet sein für den Kampf gegen das Corona-Virus. Und das leisten Frauen und Männer in unzähliger Weise in unserem Land, und dafür meinen ganz herzlichen Dank.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
 der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE)*

Dass der Alltag trotz dieses Runterfahrens funktioniert, hat auch damit zu tun, dass wir viele Menschen haben in der Verwaltung, die mit Hochdruck daran arbeiten, alle Maßnahmen, alle Soforthilfen umzusetzen, dass wir die Polizistinnen und Polizisten haben, die diese strengen Maßnahmen kontrollieren. Ja, es wird darüber diskutiert, ob es richtig ist, dass Mecklenburg-Vorpommern ein strenges Einreiseverbot kontrolliert. Und ich sage ganz klar: Ja! Wenn wir uns für solche Regeln entscheiden, dann müssen die Regeln auch eingehalten werden und dann müssen wir sie auch umsetzen,

und deshalb auch herzlichen Dank an unsere Polizistinnen und Polizisten, die da im wahrsten Sinne des Wortes an der Front stehen und das für uns umsetzen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE)*

Mein besonderer Dank gilt denen, die für unsere alltägliche Versorgung sorgen, und das sind die Verkäuferinnen und Verkäufer im Supermarkt, die am meisten ungeschützt sind. Und ich will hier ganz deutlich sagen, warme Worte reichen dann nicht. Ich erwarte insbesondere von den großen Lebensmittelhandelsketten, dass jetzt diese Leute auch gut bezahlt werden, dass sie nach Tarif bezahlt werden und dass sie geschützt werden. Und ich bitte die Bürgerinnen und Bürger mitzumachen, freundlich zu sein, Abstand zu halten. Die Verkäuferinnen und Verkäufer leisten in diesen Tagen Großartiges.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE)*

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, das Corona-Virus breitet sich in Mecklenburg-Vorpommern moderat aus. Trotzdem haben wir die ersten Toten zu verzeichnen. Die Zahlen der Infektionen und der schwer Erkrankten sind immer noch moderat gegenüber anderen Teilen von Deutschland und wir lassen uns hier sehr eng beraten von Professor Reisinger, von Frau Dr. Littmann, und ich denke, dass es richtig ist, dass wir diese strengen Maßnahmen getroffen haben.

Und ich sage hier ganz klar, wer zum jetzigen Zeitpunkt über Lockerung von Maßnahmen redet, streut den Menschen Sand ins Auge. Wir haben diese Maßnahmen schweren Herzens beschlossen, wir halten uns daran und wir müssen durchhalten, mindestens bis zum 19.04. Daran appelliere ich! Jede Lockerung davor wäre gefährlich. Wir müssen jetzt gemeinsam durchhalten, dann können wir es auch schaffen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE)*

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, jede Entscheidung für die Gesundheit ist oftmals eine Entscheidung gegen Unternehmen und gegen Arbeitsplätze gewesen und deshalb sind diese Entscheidungen auch verdammt schwer – weil unser Herz blutet, wenn das Tourismusland Nummer eins nicht nur keine neuen Gäste aufnehmen darf, sondern Gäste nach Hause schickt, und weil es schwer ist, dass der Einzelhandel runtergefahren wird. Und deshalb ist es uns wichtig, Maßnahmen für die Gesundheit der Bevölkerung zu treffen, aber auch Maßnahmen für die Gesundheit der Unternehmen und der Arbeitsplätze. Der Dreiklang unseres Schutzfonds Mecklenburg-Vorpommern und des Nachtragshaushalts hat den Gedanken, Gesundheit der Bevölkerung zu schützen, Unternehmen zu schützen und Arbeitsplätze zu schützen. Und deshalb bin ich sehr froh, dass Sie heute zusammengekommen sind und diesen Fonds

und diesen Nachtragshaushalt beraten, und ich bitte auch um Unterstützung.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Franz-Robert Liskow, CDU)*

Der Bund hat in einem einmaligen Rettungspaket viele Maßnahmen auf den Weg gebracht, viel Unterstützung für die gesundheitliche Versorgung, aber vor allem auch für die Kleinst- und Kleinunternehmen. Das ist gut und wichtig, denn 70 Prozent unserer Unternehmen sind diese Kleinst- und Kleinunternehmen mit bis zu zehn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Aber wir als Land wollen mehr tun, wir wollen mit Liquiditätshilfen allen Unternehmen helfen. Wir haben den Bürgerschaftsrahmen erhöht von 1,2 auf 1,6 Milliarden Euro und wir haben anders als viele andere Bundesländer uns entschieden, auch Zuschüsse für Mittelunternehmen zu zahlen, also für Unternehmen, die mehr als zehn Arbeitnehmer haben, für die kleinen Unternehmen bis 49 Arbeitnehmer, aber auch für die mittleren bis 100 Arbeitnehmer, darüber hinaus auch Unterstützung mit Expresshilfen. Es ist uns wichtig, dass wir in diesem Paket – Soforthilfen für die Unternehmen, aber auch Kurzarbeitergeld für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und weitere Unterstützungen, wie zum Beispiel Liquiditätshilfen – dafür sorgen, dass möglichst jeder Arbeitsplatz und jedes Unternehmen durch diese Krise kommt und dass wir nach dieser Krise an die gute wirtschaftliche Entwicklung des Landes wieder anknüpfen können. Dazu dient dieses Hilfspaket, dieser Schutzfonds Mecklenburg-Vorpommern.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE)*

Und ich will mich ausdrücklich bedanken für die guten und konstruktiven Beratungen mit den Regierungsfractionen, aber auch ausdrücklich mit den Fraktionen der Opposition. Ich begrüße es, dass es Vorschläge gibt für einen Sozialfonds, für weitere wirtschaftliche Unterstützung. Wir sollten jetzt in dieser Krise das, was typisch ist in der Demokratie, dass Regierung und Opposition sich reiben und diskutieren, einmal überwinden und zusammenstehen, um unserem Land zu helfen. Und diese Gespräche habe ich so wahrgenommen und deshalb möchte ich mich bei allen Fraktionen ausdrücklich dafür bedanken.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE)*

Mein Dank gilt auch der Regierungsmannschaft. Im Alltag kann man viel darüber diskutieren, was gelingt und was nicht gelingt, und alle sind nur Menschen. Aber ich kann Ihnen versichern, dass wir in dieser Krise alles dafür geben – und dafür stehe ich ganz persönlich –, dass unser Land gut durch diese Krise kommt, dass wir die Gesundheit der Menschen schützen und auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Dafür steht diese Landesregierung und dafür



Damit der Mindestabstand von 1,5 m zwischen den Abgeordneten und Ministern gewährleistet werden konnte, musste die Sitzordnung geändert werden.

Foto: Uwe Sinnecker

stehe ich als Ministerpräsidentin ganz persönlich. Und ich möchte mich bei allen Ministerinnen und Ministern, Staatssekretären und den Mitarbeitern der Verwaltung bedanken. Mein ganz besonderer Dank gilt meinem Stellvertreter Lorenz Caffier. Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE)*

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, mit dem Nachtragshaushalt schlagen wir Ihnen vor, dass wir den Schutzfonds von 1,1 Milliarden Euro finanzieren durch 700 Millionen Euro einmaligen Kredit, weil wir unsere Rücklagen dafür nutzen wollen, die Steuerausfälle, die wir im nächsten Jahr haben werden von 1 Milliarde Euro, zu kompensieren. Wir wollen drei Dinge tun: Wir wollen als Land unsere Versprechen für Investitionen halten, wollen den größten Investitionshaushalt, der hier im Dezember beschlossen wurde, auch durchhalten und nicht kürzen. Wir wollen gleichzeitig dafür sorgen, dass wir den Schutzfonds (1,1 Milliarden Euro) über unser Land legen, um vor allem Arbeitsplätze, Unternehmen und auch den sozialen Zusammenhalt zu schützen. Und wir wollen dafür sorgen, dass wir mit Rücklagen uns gegen Steuermindereinnahmen stemmen, um eben nicht in Kürzungen zu kommen. In diesem Sinne hoffe ich auf gute Beratung und auf Unterstützung.

Ich weiß, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich Sorgen machen – um ihre Gesundheit, um ihre Familie, um ihre eigene Existenz. Und es ist unsere Verantwortung, den Menschen nicht was Falsches zu sagen, sondern ehrlich zu sein. Niemand hat eine Blaupause für diese Situation. Sie ist einmalig für die ganze Welt. Aber ich bin sehr zuversichtlich, und das ist ganz besonders meine Erfahrung der letzten sechs Monate, dass, wenn sich eine Lage bedrohlich anfühlt und sie auch bedrohlich ist, wir auf das Gesundheitssystem im Land vertrauen können, dass wir uns an die Maßnahmen halten müssen, dass wir durchhalten müssen und dass wir zusammenhalten müssen und dass wir daraus die Kraft nehmen können, durch diese Krise zu kommen. Wir haben diese Kraft, unser Land hat diese Kraft, und deshalb habe ich nicht nur Sorge, sondern auch Zuversicht, dass wir gut durch diese Krise kommen. Die Maßnahmen dafür haben wir getroffen, die Maßnahmen liegen Ihnen vor und dafür bitte ich um Unterstützung. Passen Sie auf sich auf und bleiben Sie gesund!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE)*

Nikolaus Kramer, AfD:

## „Lassen Sie uns diese Krise gemeinsam durchstehen!“

Foto: Jens Büttner



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Die Corona-Pandemie bedeutet für uns in Mecklenburg-Vorpommern erhebliche Belastungen. Das Leid der schwer Erkrankten, die Sorge um erkrankte oder gefährdete Angehörige und Freunde sowie die schweren zusätzlichen Belastungen für medizinisches und pflegerisches Personal seien hier zuvorderst genannt.

Aber die Eindämmungsmaßnahmen bringen auch andere Belastungen mit sich. Betriebe müssen schließen, Arbeitsplätze sind gefährdet, finanzielle und berufliche Lebenspläne werden erschüttert. Das ist eine neue Zeit, über deren Auswirkungen bisher nur ungenügend Fakten auf dem Tisch liegen. Die Landesregierung hat ein Programm zur Bekämpfung der Pandemie und zur Bewältigung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Folgen vorgelegt. Sie hat auch uns als Opposition Gelegenheit gegeben, Vorschläge einzubringen. Meine Fraktion hat sich dementsprechend konstruktiv eingebracht. Ausdrücklich begrüßen wir dieses Vorgehen.

Im Ergebnis liegt nun ein gemeinsamer Entschließungsantrag aller Fraktionen vor, in dem jede Fraktion sich wiederfinden kann. Es ist gut, dass wir in Zeiten der Krise zu einem gemeinsamen Handeln finden. So finden wir in der Entschließung auch die Forderung meiner Fraktion, eine bessere Unterstützung für Corona-geschädigte Unternehmen mit mehr als 49 Mitarbeitern zu prüfen. Offensichtlich konnte die Landesregierung die Prüfung unserer Forderung bereits erfolgreich abschließen und hat die Umsetzung am gestrigen Tage beschlossen. Das ist sehr erfreulich.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Ebenso in die Entschließung aufgenommen ist unser Anliegen, die Möglichkeit zu prüfen, wie zur Kompensation fehlender Arbeitskräfte aus dem europäischen Ausland infolge von Corona-Maßnahmen Menschen aus Drittstaaten, Ge-

flüchteten und Menschen mit Schutztiteln eine Arbeitsaufnahme ermöglicht werden kann.

Meine Fraktion wird die Landesregierung auch weiterhin dort unterstützen, wo sie das Richtige tut, und wir werden konstruktive Kritik üben, wo das Richtige und Notwendige möglicherweise bisher noch nicht erkannt wurde. Daher muss ich an dieser Stelle auch etwas Kritik anbringen. Zur Aufstockung des Kurzarbeitergeldes heißt es in der Entschließung lediglich, die Landesregierung möge sich auf der Bundesebene dafür einsetzen. Meine Fraktion war und ist hier für eine souveräne Lösung auf Landesebene, statt auf den Bund zu warten. Gerade wegen der vergleichsweise niedrigen Löhne und Gehälter hier in Mecklenburg-Vorpommern besteht großer Handlungsbedarf.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Wer ohnehin schon wenig verdient, den trifft jeder Euro im Verdienstaufschlag besonders hart. Wenn infolge der Corona-Krise ein Teil unserer Bürger um seine wirtschaftliche Existenz ringt, müssen wir als Politiker auch unsere Prioritäten überprüfen. Dazu gehört für uns, dem unseligen Strategiefonds ein Ende zu machen

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

und die Mittel sinnvoller einzusetzen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Das galt vor der Krise, das gilt jetzt erst recht.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Die Forderung nach Umlenkung des Strategiefonds in Corona-Hilfsmaßnahmen hatten wir für den Entschließungsantrag angemeldet. Leider findet sie sich in der Entschließung nicht wieder. Meine Fraktion wird deshalb weiter auf die Beendigung des Strategiefonds drängen. Weder Opposition noch Landesrechnungshof und Landesverfassungsgericht haben bisher ein Umdenken der Regierungskoalition bewirken können. Sie hält nach wie vor an dem Strategiefonds fest. Ich appelliere daher heute nochmals an die Abgeordneten von SPD und CDU: Wenn Sie schon nicht auf fachlich fundierte Kritik hören wollen, dann nehmen Sie die Corona-Krise zum Anlass, die Mittel im Strategiefonds für Hilfsmaßnahmen umzuwidmen!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Sie würden damit ein Zeichen setzen, dass nicht nur die Bürger ihre Planung anpassen müssen, sondern dass auch die Politik ihre Lieblingsprojekte zurückstellt, um unseren Bürgern in akuter Not den Rücken zu stärken.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*





Wie bei allen Fraktionen nahm auch bei der SPD-Fraktion nur ein Teil der Abgeordneten an der Sitzung teil.

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie werden uns spätestens mit der nächsten Mai-Steuerschätzung neue Haushaltsentscheidungen abverlangen. Wir dürfen bereits jetzt von erheblichen Einnahmerückgängen ausgehen. Vor diesem Hintergrund sind wir alle gefordert, darüber nachzudenken, Wahlwerbegeschenke der Regierungskoalition zurückzustellen, um das Notwendige und Unverzichtbare sicherzustellen.

Das bedeutet übrigens keineswegs, tatsächlich notwendige Investitionen kürzen zu wollen, wie es in der Presse fälschlich über meine Fraktion hieß. An Investitionen sind im Haushaltsjahr 2020 bisher 1,7 Milliarden Euro eingeplant. Die bereinigten Gesamtausgaben liegen bei 9,2 Milliarden Euro. Es gibt also auch andere Ausgaben als Investitionsausgaben, die man überprüfen kann und muss.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Die Landesregierung selber hat ja schon im Nachtragshaushalt erklärt, dass sie mal eben 50 Millionen Euro im Wege des Haushaltsvollzugs heben kann. Grundsätzliches Ziel der Maßnahmen sollte es sein, dass deren Finanzierung zuerst durch Einsparung und möglichst geringe Schuldenaufnahme erfolgt. Um eine Verstetigung der Maßnahmen zu vermeiden, muss fortwährend geprüft werden, inwieweit diese Maßnahmen aufrechterhalten werden müssen. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass eben unter diesen Maßnahmen nicht nur die Wirtschaft leidet, sondern auch gerade die Menschen. Sorgen um den Arbeitsplatz, Existenzängste können Depressionen und andere psychosomatische Krankheiten auslösen, was sich dann auch wiederum auf die Arbeitskraft und dementsprechend auf die Wirtschaftskraft negativ auswirken wird.

In jeder Krise steckt aber auch eine Chance. So rücken derzeit die Familien wieder enger zusammen, man besinnt sich auf die wichtigen Dinge im Leben. Wir betrachten nichts mehr als selbstverständlich. Man achtet auf sein Umfeld, seine Freunde, die Nachbarn. In solchen Zeiten stellen wir fest, dass

eben nicht nur Polizisten, Ärzte und Lehrer systemrelevante Berufe sind, sondern auch das Krankenhaus- und Pflegepersonal sowie die Einzelhandelskaufleute. Diese Aufzählung ist nicht abschließend. Es sollte nach unserem Dafürhalten keine Klassifizierung zwischen Berufen ersten Grades und zweiten Grades geben.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Dennoch kann aus diesem Grunde unser Dank nicht oft und laut genug allen Beteiligten ausgesprochen werden. Von unserem Dank aber allein kann man sich auch in unserem Land nichts kaufen.

Nun erweist es sich auch als Fehler, dass in der Bundesrepublik eine Vielzahl von Krankenhäusern geschlossen worden sind. Auch hier in unserem Land wurde über die Schließung einzelner Stationen und Krankenhäuser noch vor zwei Monaten gesprochen, so zum Beispiel Wolgast und Crivitz.

Plötzlich können nun doch Grenzkontrollen durchgeführt werden. Die Bundesrepublik besinnt sich ihrer Souveränität und verlässt sich nicht allein auf Brüssel. Gleichwohl zeigt das, dass nationalstaatliches Handeln auch solidarisch mit Italien möglich ist. Als mahnende Beispiele seien hier Russland und China genommen.

Dieser gemeinsame Antrag aller Fraktionen beweist, dass es möglich ist, jenseits der politischen Lager gemeinsam für die Interessen unseres Landes und unserer Landsleute einzustehen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Lassen Sie uns diese Krise gemeinsam durchstehen! Zu dieser Gemeinsamkeit gehört auch die konstruktive Debatte über die richtigen Lösungen. – Vielen Dank und bleiben Sie alle gesund!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Torsten Renz, CDU:

„Unser MV-Schutzfonds dient zu Recht vordergründig dazu, die Wirtschaft durch die Krise zu begleiten.“

Foto: Jens Büttner



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute vor vier Wochen, am 2. März, war auf der Titelseite der „Schweriner Volkszeitung“ ein Bericht über Lea Sophie Friedrich aus Dassow. Sie war Weltmeisterin im Bahnradfahren geworden. Auf der Titelseite des „Nordkuriers“ war ein Artikel über Eilanträge gegen die Masernimpfpflicht. Und im „Nordmagazin“ lief einen Tag später ein Bericht, in dem es um steigende Übernachtungszahlen in Jugendherbergen ging. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, für mich klingen solche Berichte wie aus einem anderen Land, wie aus einer anderen Zeit – und sie sind keine vier Wochen her.

Ab dem 16.03. ging es dann Schlag auf Schlag. Kitas, Schulen, Geschäfte, Gaststätten wurden geschlossen, Kontakteinschränkungen angeordnet – harte Maßnahmen. Heute hat jeder von uns Verwandte, Nachbarn oder Bekannte, die sich in Quarantäne befinden, möglicherweise positiv getestet wurden oder von der Kurzarbeit betroffen sind. Die Sorge um die Gesundheit der Liebsten und Existenzängste stehen auf der Tagesordnung.

In dieser Situation bin ich besonders froh, dass wir in Deutschland ein funktionierendes Gesundheitssystem und einen handlungsfähigen Staat vorfinden. So wichtig dieser Nachtragshaushalt auch ist, möchte ich als Erstes feststellen, die Maßnahmen der Bundesregierung und der Landesregierung zur Eindämmung der Pandemie sind richtig und uneingeschränkt notwendig. Insbesondere die Kontaktbeschränkungen bis zum 19.04. sind unumgänglich, um Situationen wie in Italien, Spanien oder in den USA unserer Bevölkerung zu ersparen. Deshalb auch mein Appell an dieser Stelle: Seien Sie solidarisch, denn es geht insbesondere um

Ältere, chronisch Kranke, Verwandte, Bekannte und Freunde, es geht um Menschenleben. Klar ist für mich auch, wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, denn es können nur Maßnahmen auf Zeit sein, da es tiefe Eingriffe in die Grundrechte unserer Gesellschaft sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin der Opposition dankbar, dass der heutige Landtag in dieser verkleinerten Form stattfindet. Die parlamentarische Demokratie lebt im Normalfall vom konstruktiven Streit. Dass dieser in Krisenzeiten etwas zurücktritt, begrüße ich ausdrücklich. Dass alle an einem Strang ziehen, ist in dieser Situation richtig und die parteiübergreifende gemeinsame Entschließung ist in der Krise ein starkes Signal an die Bürger unseres Landes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die zweite Vorbemerkung, die ich machen möchte, betrifft diejenigen, die momentan den Karren ziehen und den Laden buchstäblich am Laufen halten. So wichtig ich die Bleibe-zu-Haus-Aufrufe finde, es ist mindestens ebenso erwähnenswert, dass die Arbeitsleistung für einen Großteil der Arbeitnehmer nicht etwa gesunken, sondern gestiegen ist. Das sind all diejenigen, die in den Krankenhäusern und in den Arztpraxen für unsere Gesundheit sorgen, es sind aber auch die Menschen, die im Einzelhandel und in den Apotheken arbeiten, in der Landwirtschaft, in der Logistik, im Transportwesen oder als Post- und Paketzusteller, in Tankstellen und als Reinigungskräfte, die Landes- und die Bundespolizei, die Bundeswehr und viele weitere mehr. Sie alle sorgen dafür, dass unser Leben einigermaßen weitergeht. Ihnen allen einen herzlichen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE)*

Deshalb begrüße ich außerordentlich, dass der Bundesfinanzminister am Montag die Möglichkeit geschaffen hat, dass die sogenannten Corona-Prämien bis 1.500 Euro steuerfrei bleiben. Warme Worte sind genug gewechselt, Arbeitgeber sollen mit gutem Beispiel vorangehen und die Leistungen der eigentlichen Helden der Krise auch mit einer entsprechenden Prämie würdigen. Das gilt selbstverständlich auch für den Bereich der Landesregierung.

Ich will es auch nicht versäumen, mich an dieser Stelle bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Landesförderinstitutes zu bedanken. Ich habe mich selbst davon überzeugt, dass mit großem Elan und mit einer Selbstverständlichkeit auch am Wochenende gearbeitet wird, damit das Geld für die Anträge auf Soforthilfe schnellstmöglich ausgezahlt werden kann, damit unsere heimische Wirtschaft durch die Krise kommt und die Menschen nicht arbeitslos werden. Herzlichen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE)*

Beim Stichwort „Soforthilfen“ bin ich im wahrsten Sinne des Wortes mittendrin im Nachtragshaushalt. Kern des Nach-



tragshaushaltes ist der MV-Schutzfonds mit einem Volumen von insgesamt 1,1 Milliarden Euro. Davon werden 700 Millionen durch eine Nettokreditaufnahme gedeckt, zudem wird der Bürgschaftsrahmen zusätzlich um 400 Millionen erweitert. Ein erwarteter Einnahmerückgang von 1 Milliarde Euro muss ebenfalls gestemmt werden, eine gigantische Aufgabe, die unser Land meistern will und meistern muss. Dazu nutzen wir unter anderem Rücklagen, die wir durch solide Haushaltspolitik aufgebaut haben.

Die Maßnahmen im Einzelnen liegen Ihnen vor und sind insoweit bekannt. Deshalb möchte ich nur auf die verlorenen Zuschüsse, also die Zuschüsse, die nicht zurückgezahlt werden müssen, für Firmen bis 100 Mitarbeiter in Höhe von über 160 Millionen Euro verweisen. Was wir in diesem Bereich leisten, kann sich deutschlandweit sehen lassen. Ausdrücklich möchte ich betonen, dass für Firmen bis zehn Arbeitnehmer das Geld durch den Bund bereitgestellt wird und somit eine hervorragende Verzahnung mit Landesgeldern stattfindet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der MV-Schutzfonds ist inhaltlich sehr breit aufgestellt und versucht, möglichst viele Lebensbereiche abzudecken. Für unser an Einwohnern kleines Bundesland ist das eine riesige Kraftanstrengung, und trotzdem bin ich überzeugt, dass dieser wichtige Schritt notwendig und machbar ist, um uns über diese schwere Zeit zu tragen. Trotzdem gilt, wenn es nicht reicht, es Schwachstellen gibt, müssen wir nachsteuern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser MV-Schutzfonds dient zu Recht vordergründig dazu, die Wirtschaft durch die Krise zu begleiten, aber wir müssen auch zeitnah gemeinsam mit der kommunalen Ebene über Unterstützungsmaßnahmen sprechen, damit das Leben vor Ort nicht zum Stillstand kommt. Dabei gilt es, rechtliche und finanzielle Fragen im Sinne der Handlungsfähigkeit der Kommunen zu diskutieren und Lösungen zu finden.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)*

Und damit möchte ich zum letzten Aspekt kommen: Das Virus hat uns schmerzlich vor Augen geführt, dass unsere arbeitsteilige globalisierte Wirtschaft zwar für Wachstum und Wohlstand sorgt, zugleich ist sie aber auch anfällig – anfällig für Viren, denen Staatsgrenzen egal sind, und anfällig für wirtschaftliche Störungen. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Corona-Krise kurz- und mittelfristig Auswirkungen für unser gesellschaftliches Zusammenleben, für die Wirtschaft und das Bankensystem haben wird, die keiner zurzeit seriös einschätzen kann. Neben den Herausforderungen der Digitalisierung, der Demografie oder des Klimawandels werden wir uns in Deutschland nach der Krise mit unbequemen Wahrheiten auseinandersetzen müssen.

Erstens. Güter wie Arzneimittel, Schutzausrüstung und medizinische Gerätschaften in nennenswerten Größenordnungen müssen wir wieder selbst herstellen, im Zweifel auch subventioniert.



Foto: Uwe Sinnecker

Zweitens. Industriebetriebe sollen künftig in kürzester Zeit in der Lage sein, auf die Herstellung benötigter Güter umzuschalten. Ich kann es nicht akzeptieren, dass wir in Deutschland die besten Autos der Welt herstellen, es aber nicht kurzfristig hinbekommen, medizinisch benötigte Schutzmasken zu fertigen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE)*

Und drittens. Wir brauchen zentral eingelagerte Reserven, organisiert vom Bund, und damit meine ich nicht Toilettenpapier oder Nudeln, sondern medizinisches Gerät und entsprechende Ausrüstung.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Maybrit Illner fragte am Wochenende, ob in der jetzigen Zeit ein Nachdenken ohne zu sprechen geht. Klar ist für mich, dass bis zum 19.04. eine strikte Kontaktbeschränkung bestehen muss. Bis dahin muss auch nicht jeder Politiker sich täglich mit Vorschlägen überbieten und dadurch die Bevölkerung verunsichern. Klar ist für mich aber auch, dass flächendeckende Tests dazu beitragen müssen, das Wirtschaftsleben wieder strukturiert hochzufahren.

Unseren Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes möchte ich für die CDU-Fraktion versichern, wir sind uns unserer großen Verantwortung bezogen auf Gesundheits- und Existenzfragen bewusst, wir brauchen aber auch Ihr Verständnis, Ihre Unterstützung, damit wir gemeinsam die Krise meistern. Deshalb werden wir weiterhin Expertenrat einholen, analysieren, abwägen und fortlaufend unsere Maßnahmen auf den Prüfstand stellen, aber am Ende müssen und werden wir entscheiden. Mit diesem Ausblick hoffe ich, dass wir uns in diesem Parlament sehr bald in gewohnter Zusammensetzung wiedersehen. – Herzlichen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)*

Simone Oldenburg, DIE LINKE:

„Heute handeln wir gemeinsam, denn wir bringen gemeinsam diesen Nachtragshaushalt auf den Weg.“

Foto: Jens Büttner



Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verschwunden sind der Alltag und die Selbstverständlichkeit. Vorbei sind das gewohnte Zusammenleben und die Normalität in der Familie oder auf der Arbeit. Erledigt hat sich auch die Vorfreude auf den Osterurlaub. Ungewiss der morgige Tag, die kommende Woche, die nächsten Monate. Die Welt, unser Leben ist aus den Fugen geraten.

In Mecklenburg-Vorpommern ist es das Leben von 1,6 Millionen Menschen, das über Nacht ein anderes wurde, das jetzt komplett auf dem Kopf steht. So mutig und optimistisch die Frauen, Männer, Kinder und Jugendlichen in unserem Land bis vor drei Wochen waren, so ängstlich und sorgenvoll sind sie heute. Und es ist unsere Pflicht, uns darum zu kümmern, dass ihre Ängste kleiner werden, ihre Sorgen ernst genommen werden und sie sich darauf verlassen können, dass wir an ihrer Seite stehen und sie nicht alleinlassen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)*

Sehr geehrte Damen und Herren, wie oft haben wir hier über gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit gestritten oder für gleiche Lebensverhältnisse oder für mehr Pflegepersonal. Wie oft haben wir darüber diskutiert, dass Stationen in Krankenhäusern nicht geschlossen werden dürfen, weil sich Gesundheit eben nicht rechnen darf, sondern jeder gesund werden muss, egal, was er verdient, und egal, was seine Behandlung kostet.

*(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*

Gesundheit darf keine Ware sein. Und das Ringen um ein gutes Gesundheitssystem, um gute Arbeit, um ein besseres Leben für alle Menschen darf niemals leichtfertig vom Tisch gewischt werden, denn genau jetzt sehen wir ja, wie wichtig, wie überlebenswichtig diese Menschen für unser Land sind. Jetzt spüren wir, dass es in dieser Krise nicht auf die Großkonzerne, nicht auf die Banken und nicht auf die Versicherungen ankommt. In dieser Krise kommt es auf die Mitarbeitenden der Stadtreinigung, auf die Krankenschwester und auf die Verkäuferin an. Wir brauchen die Landwirte, die Kassiererin, die Kurier- und die Lkw-Fahrer auf den Straßen unseres Landes.

*(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*

Und wir brauchen die Eltern, die derzeit neben ihrer Arbeit im Betrieb oder im Homeoffice einen Zweitjob brillant erledigen, denn ihr Zuhause ist gleichzeitig noch die Schule. Ihnen allen danken wir stellvertretend für alle Frauen und Männer, die für uns da sind und die dafür sorgen, dass unser Zusammenleben eben nicht auseinanderbricht.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)*

Sehr geehrte Damen und Herren, eigentlich sind Haushaltsberatungen Zündstoff zwischen den Fraktionen. Sie sind ein Schlagabtausch im Streit um die besten Vorschläge, die unterschiedlichsten Schwerpunktsetzungen und die klügsten Ideen, aber oft auch um das Rechthaben der Mehrheit und das Unrechthaben der Minderheit.

*(Heiterkeit und Zuruf von Jochen Schulte, SPD)*

Und auch das ist heute anders, denn diese 1,1 Milliarden Euro, über die wir heute entscheiden, das sind Hilfen, sogar Überlebenshilfen für Künstlerinnen und Künstler, für Selbstständige und Arbeitnehmer, für Kleinst-, Klein- und mittelständische Unternehmen, aber auch für große Firmen, für Vereine und Verbände, für Krankenhäuser, für unsere Wirtschaft, für den Tourismus, für unsere Familien. Und heute ist es eben kein Schlagabtausch, heute ist es kein Wettbewerb, heute ist sich meine Fraktion mit der Koalition einig. Heute handeln wir gemeinsam, denn wir bringen gemeinsam diesen Nachtragshaushalt auf den Weg, für uns alle, für unser Land, für unser Leben,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)*

denn der Friseurladen um die Ecke oder die kleine Kneipe, auch der Malerbetrieb und, und, und – ganz, ganz viele Betriebe ringen gerade um ihre Existenz. Ihnen steht das Wasser bis zum Hals. Und es gibt mehr als tausend Gründe, warum dieser Schutzschirm unumgänglich ist. Jetzt kann es nämlich nur darum gehen, sofort zu handeln, damit das Geld sofort bei der Frisörin, dem Maler oder bei der Kellnerin ankommt. Es darf kein Zögern, kein Aber und auch kein Vielleicht geben, es kann nur ein Ja, ein Sofort sein, um Massen-





Auf ein Speisenangebot wurde verzichtet.

Foto: Uwe Sinnecker

entlassungen, Pleiten und Existenzverluste zu verhindern.

*(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*

Und gerade diese kleinen Vereine, die der soziale Kitt für unser Zusammenleben sind, oder die Schullandheime, die derzeit keine Gäste, aber Ausgaben haben, die Bildungsträger, die keine Maßnahmen bekommen, aber die Miete und die Gehälter zahlen müssen, die aufsuchende Familienhilfe, die Tafeln, die Kleiderkammern und Möbelbörsen, die ambulante Tagespflege, der Verbraucherschutz, die Flüchtlingshilfe, sie alle brauchen wir nach der Krise mehr als je zuvor und sie alle dürfen nicht in Gefahr geraten. Für sie brauchen wir auch einen Schutzschirm.

*(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*

Und genau für sie und für viele, viele andere mehr beantragt meine Fraktion einen Sozialfonds in Höhe von 20 Millionen Euro.

Und auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in den kommenden Monaten vom Kurzarbeitergeld leben müssen, dürfen wir nicht im Regen stehen lassen. 60 Prozent von einem Durchschnittslohn, das sind in Mecklenburg-Vorpommern netto circa 1.100 Euro. Die reichen hinten und vorne nicht, um die laufenden Kosten zu decken und die nächsten Monate ein gutes oder sogar ein sicheres Leben zu führen. Deshalb möchten wir gemeinsam eine Entschlie-

ßung verabschieden, die die Landesregierung auffordert, sich bei der Bundesregierung dafür starkzumachen, dass das Kurzarbeitergeld auf mindestens 80 Prozent angehoben wird.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Sehr geehrte Damen und Herren, allein mit Applaus und mit dem täglichen Dank werden wir nicht aus der Krise kommen. Um unser Leben wieder halbwegs normal werden zu lassen, sofern es überhaupt möglich ist, um wieder lieb gewonnene alltägliche Momente zu genießen, um Gewissheit für den morgigen Tag, die kommende Woche und die nächsten Monate zu haben, um unser Leben also wieder in die Fugen zu bringen, deshalb braucht es diesen Schutzschirm und deshalb braucht es unser Zusammengehen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Sebastian Ehlers, CDU)*

Thomas Krüger, SPD:

„Diese schwierigen Zeiten sind jetzt, und wir investieren jetzt, und das ist auch richtig so.“

Foto: Jens Büttner



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte mich bei all den Menschen bedanken, die da draußen momentan unsere Gesellschaft am Laufen halten. Ich habe in den Nachrichten gehört, sie wären die Helden des Alltags. Ich würde das unterstreichen wollen. All die, die auf ihrem Posten momentan sitzen und täglich ihren Job erledigen und dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft weiter rundläuft, sind die Helden des Alltags, und ich möchte mich ganz herzlich auch namens meiner Fraktion bei ihnen bedanken.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)*

Meine Damen und Herren, einen zweiten Dank möchte ich richten an die Ministerpräsidentin, an die Ministerinnen und Minister, an die Staatssekretäre, den Parlamentarischen Staatssekretär und die Teams, die da im Hintergrund arbeiten. Herr Renz und ich erleben das gewohnte Regierungsgeschäft am Dienstag in den Kabinettsitzungen. Dieses gewohnte Regierungsgeschäft gibt es momentan nicht, die Regierung hat umgeschaltet auf Krisenmodus. Es gibt fast täglich telefonische Zusammenkünfte und es wird in stundenlangen Sitzungen telefonisch beraten, wie die Dinge für Mecklenburg-Vorpommern geregelt werden können, wie geregelt werden kann, dass das, was wir an Krise momentan erleben, auch in vernünftige Bahnen gelenkt wird, und da leistet jede Einzelne und jeder Einzelne einen ganz tollen Job. Und vor dem Hintergrund auch hier ein herzliches Dankeschön, Frau Ministerpräsidentin, und an das Team, das dahintersteht!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Einen dritten Dank möchte ich aussprechen, und der Dank geht an die Fraktionen hier im Haus. Wir haben gemeinsam eine Entschließung auf den Weg gebracht, wir haben gemeinsam die Positionen zusammengeführt, wir haben gemeinsam gezeigt, dass es in dieser Situation um das Land geht und nicht darum, wer ist Opposition und wer ist Regierung. Ich glaube, das ist ein wichtiges, das ist ein starkes Signal, was wir von hier, vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern, raus ins Land senden, und es ist ein notwendiges Signal. Insofern auch an Sie alle ein herzliches Dankeschön!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE)*

Meine Damen und Herren, niemand von uns hätte sich vor einigen Monaten vorstellen können – das haben meine Vorredner ja auch gesagt –, in welcher Situation wir hier heute sind. Diese Situation hat ganz viele Facetten. Da gibt es den Bereich der Gesundheit, die Versorgung der Bevölkerung – die, das will ich ausdrücklich sagen, gesichert ist –, die Betreuung und auch die Unterrichtung unserer Kinder, die zum Teil zu Hause stattfindet, mit all den Schwierigkeiten, die Aufrechterhaltung der Infrastruktur und nicht zuletzt die schwierige Situation unserer Wirtschaft.

Vor diesem Hintergrund sichere ich zu, dass wir alles tun werden, dass sich das Leben in unserem Land nach der Corona-Pandemie möglichst schnell wieder normalisieren kann. Dazu gehört natürlich selbstverständlich auch, dass all die Einschränkungen, die wir an Grundrechten momentan haben – und das sind mir wichtige Dinge –, dass all diese Einschränkungen nach dieser Pandemie am Ende auch aufgehoben werden, dass die Grundrechte auch wieder vollumfänglich in unserem Land gelten werden.

*(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)*

Jetzt allerdings, meine Damen und Herren, gilt es, den Gesundheitsschutz ganz oben an zu stellen. Jetzt ist die Zeit, Abstand zu halten, und es ist die Zeit, in der wir hier im Parlament Handlungsfähigkeit zeigen müssen.

Meine Damen und Herren, wir schnüren mit dem Nachtragshaushalt das größte Hilfspaket in der Geschichte unseres Landes. Wir schnüren das, weil das notwendig ist. Und ich sage ausdrücklich, wir tun das, was notwendig ist. Meine Fraktion ist stolz darauf, dass wir es als eines der wenigen Länder geschafft haben, in den letzten 13 Jahren keine neuen Schulden zu machen. Mehr noch, meine Damen und Herren, wir haben durch solides Wirtschaften geschafft, in den vergangenen 13 Jahren 1,5 Milliarden Euro an Schulden zu tilgen und Rücklagen zu bilden. Und, meine Damen und Herren, das war kein Selbstzweck, was wir da gemacht haben. Das war das, was man keynesianistische oder antizyklische Haushaltspolitik nennt: in guten Zeiten Schulden zu reduzieren, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in schwierigen Zeiten eben zu investieren. Und, meine Damen und Herren, diese schwierigen Zeiten sind jetzt, und wir investieren jetzt, und das ist auch richtig so.



*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

Wir haben bereits mit dem Haushalt 2020/2021 einen Investitionshaushalt vorgelegt, denn die konjunkturellen dunklen Wolken waren am Himmel seinerzeit ja auch schon zu erkennen. Dieser Haushalt 2020/2021 hat ein Investitionsvolumen in Höhe von 1,7 Milliarden Euro. Damals wusste noch niemand, was mit der Corona-Krise auf uns zukommt. Nun, da Schäden für die Gesellschaft und Wirtschaft drohen, steuern wir gegen. Wir steuern gegen mit einem Schutzfonds in Höhe von 1,1 Milliarden Euro.

Um diese Summe stemmen zu können, ist es notwendig, die Schuldenbremse auszusetzen, und das ist angesichts der Aufgaben, die vor uns liegen, auch richtig. Wir werden am Kapitalmarkt 700 Millionen Euro aufnehmen. Mir ist wichtig zu betonen, meine Damen und Herren, wir nehmen das Geld auf, um eine Krisensituation zu bewältigen, heißt, wir nehmen das Geld nicht auf, weil wir über unsere Verhältnisse wirtschaften in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist ein Unterschied und mir ist wichtig, diesen Unterschied auch zu betonen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)*

Wir organisieren damit, dass Wirtschaft und Gesellschaft weiter vorankommen können und durch die Krise kommen können.

Meine Damen und Herren, was uns jetzt auch zugutekommt, ist, dass wir in der Vergangenheit Rücklagen gebildet haben. Hätten wir das nicht getan, hätten wir aus dem Vollen geschöpft – wie uns hin und wieder auch geraten worden ist, auch hier im Haus –, wäre die Situation deutlich schwieriger.

Meine Damen und Herren, mir sind in den vergangenen Tagen Menschen begegnet, die große Angst hatten, die nicht nur große Angst hatten vor dem, was das Virus für sie persönlich bedeutet, gesundheitlich, sondern die wirtschaftlich auch große Angst hatten. Und mir sind dabei Menschen begegnet, die Angst davor hatten, dass wir in eine Situation wie in den 90er-Jahren rutschen mit einer großen Massenarbeitslosigkeit. Deswegen will ich ganz klar sagen, es gibt hier Unterschiede. Dieses Land ist heute besser aufgestellt, wir haben heute eine solide finanzielle Grundlage und dieses Land hat vor allem eine wirtschaftlich solide Basis gefunden. All das war in der Hochphase der Massenarbeitslosigkeit eben nicht vorhanden. Das ist heute aber vorhanden.

Niemand kann heute versprechen, dass jedes Unternehmen und dass jeder Arbeitsplatz erhalten bleibt, aber anders als den 90er-Jahren sind wir heute in der Lage, mit geeigneten Instrumenten zu helfen, und anders als in den 90er-Jahren brauchen die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern nach den derzeitigen Einschränkungen dann auch wieder jede Arbeitskraft. Deshalb bin ich mir sicher, dass wir auch diese Krise gemanagt bekommen.



*Auch auf den Besuchertribünen wurden aufgrund der Abstandsregelungen viele Plätze gesperrt.*

*Foto: Uwe Sinnecker*

Meine Damen und Herren, ich vermute mal, ich bin hier der letzte Redner, und ich möchte als letzter Redner an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes appellieren: Meine Damen und Herren, bitte halten Sie die notwendigen Einschränkungen ein! Nehmen Sie bitte die aufgestellten Regeln ernst, vermeiden Sie persönliche Kontakte zu Mitmenschen, wo immer es geht! Schützen Sie sich, schützen Sie Ihre Lieben, schützen Sie Ihre Nachbarn und Freunde! Uns als politischen Verantwortungsträgern ist klar, dass für jede und jeden diese Wochen, die wir erleben, sehr schwierige Wochen sind, aber je disziplinierter wir alle handeln, umso weniger Menschen werden infiziert, umso weniger Menschen werden im Krankenhaus sein, umso weniger Menschen werden am Ende dieser Erkrankung erliegen. Deshalb lassen Sie uns gemeinsam Verantwortung tragen! – Besten Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE)*



Die vollständigen Redebeiträge finden Sie im Plenarprotokoll unter [www.landtag-mv.de/parlamentsdokumente.html](http://www.landtag-mv.de/parlamentsdokumente.html). Auf dem YouTube-Kanal des Landtages gibt es die Plenar-sitzungen auch als Video unter: [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de).



Foto: Uwe Sinnecker

## Klar gegen Rechtsextremismus

SPD, CDU und LINKE stellen gemeinsamen Antrag

■ Kurzinterventionen, Ordnungsrufe und persönliche Erklärungen – in der Debatte zu Tagesordnungspunkt 15 ging es 90 Minuten lang hoch her. Drei Wochen nach dem rassistischen Anschlag in Hanau, bei dem ein deutscher Mann am 19. Februar neun Menschen mit Migrationshintergrund, seine Mutter und sich selbst getötet hatte, haben SPD, CDU und Linke mit einem gemeinsamen Antrag erneut Stellung gegen Rechtsextremismus und Rassismus bezogen. Der AfD warfen sie vor, eine Mitverantwortung an Taten wie diesen zu tragen. Das wiesen deren Redner entschieden zurück. Per Änderungsantrag wollten sie in das Bekenntnis explizit auch andere Formen von Extremismus einbezogen wissen. Kurz vor der Debatte war bekannt geworden, dass der Verfassungsschutz die von AfD-Mitgliedern gegründete Gruppierung „Der Flügel“ als rechtsextremistisch eingestuft hat.

„Jede Verbreitung von Hass und Unwahrheiten, die Gift für unser Zusammenleben sind, lehnen wir strikt ab“, unterstrich **Julian Barlen** (SPD). Entschlossen gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit einzutreten bedeute auch, jene beim Namen zu nennen, die Menschenfeindlichkeit gezielt schürten. Die AfD setze auf Spaltung, attackiere Moral und Werte und mache ganze Bevölkerungsgruppen verächtlich. „Eine Kooperation mit der AfD ist für uns daher undenkbar.“

„Worte sind Waffen und können das gesellschaftliche Leben vergiften“, sagte Innenminister **Lorenz Caffier**. Wer rechtsextremistisches und rassistisches Gequatsche als alternative Meinung abtue, trage eine Mitverantwortung dafür, „wenn dieses Gequatsche Gehör findet

und anschließend Taten folgen“. „Wir müssen zum Wohle unseres Landes aufhören mit diesem Mist. Erst dann, meine Herren von der AfD, dürfen Sie im Umkehrschluss von uns erwarten, dass wir aufhören, uns von Ihnen zu distanzieren.“

„Hanau ist nicht die AfD“, widersprach deren Fraktionsvorsitzender **Nikolaus Kramer**. „Meine Partei lehnt Gewalt und jede Form extremistischen Handelns ab.“ Für eine tiefgründigere Debatte über Ursachen extremistischer Gewalt forderte er erneut ein Expertengespräch über Radikalisierung und Terrorismus. „Nehmen Sie unsere ausgestreckte Hand zur Stärkung unserer Demokratie. Dann werden wir wirksam den Hass in diesem Land bekämpfen können.“

„Wir erleben in den letzten Jahren eine zusehends entgrenzende politische Debatte. Eine Debatte, die mit dem lapidaren ‚Das wird man ja wohl noch sagen dürfen‘ beginnt und mit handfesten Morddrohungen endet“, führte **Ann Christin von Allwörden** (CDU) an. Die Verbrechen in Kassel, Halle und Hanau machten einmal mehr deutlich: „Erst kommt der Gedanke, dann kommt der Vorsatz, dann kommt die Tat.“

„Noch nie war unser aufrichtiges Auftreten gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus so wichtig wie heute“, hob **Simone Oldenburg** (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE) hervor. „Wir werden nicht zulassen, dass sich im Jahr 2020 ein 33 einschleicht.“ Sie warf der AfD vor, mit vielen Äußerungen geistige Brandstiftung zu betreiben. „Mit einer Partei, die Faschisten in ihren Reihen hat, werden wir niemals zusammenarbeiten.“

**Holger Arppe** (fraktionslos) bezeichnete den Antrag als „Farce“. Er warf SPD, CDU und Linken vor, das Thema zu instrumentalisieren, um gegen die AfD zu polemisieren.

Der interfraktionelle Antrag wurde von den Stimmen von SPD, CDU und DIE LINKE angenommen. Die AfD stimmte in Teilen dagegen. Einige AfD-Mitglieder entschieden sich, nicht mit abzustimmen. Der Änderungsantrag der AfD wurde abgelehnt.

Antrag SPD, CDU und DIE LINKE Drs. 7/4748  
Änderungsantrag AfD Drs. 7/4786

Julian Barlen, SPD:

## „Unsere Demokratie braucht eine starke Basis.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir gedenken der Toten und der Verletzten des rassistischen Mordanschlags von Hanau. Hass tötet – daran kann kein Zweifel bestehen.

Allen [...], die durch rassistische Gewalt, die durch politische Gewalt getötet und verletzt wurden, allen, die Angehörige und ihnen nahestehende Menschen verloren haben, ihnen gilt unser ehrendes Andenken und unsere aufrichtige Anteilnahme. Wir sind auch als Landtag Mecklenburg-Vorpommern geeint in Trauer und wir sind gewillt, gemeinsam gegenzuhalten.

Wir werden gehalten durch eine entschlossene Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen und solidarischen Grundwerte – Werte, [...] die ein friedliches Miteinander in unserer Gesellschaft überhaupt erst möglich machen. Gemeinsam stehen wir mit all unseren Verbündeten in der Zivilgesellschaft Seite an Seite gegen Terror, gegen Rassismus, gegen Antisemitismus, gegen Menschenfeindlichkeit und Gewalt. Alle Menschen, [...] die von Rassismus, von Hass und von Hetze bedroht sind, die können sich auf die Solidarität des Landtages Mecklenburg-Vorpommern von der SPD, von der CDU und von den LINKEN verlassen. [...]

Opferschutz und auch die Opferberatungen müssen neben den bereits bestehenden hervorragenden zivilgesellschaftlichen Angeboten auch staatlicherseits gestärkt werden. Eingeschüchterte und bedrohte Frauen und Männer, die sich für unser friedliches Zusammenleben engagieren, müssen das gute Gefühl haben, von einer ganz großen Mehrheit ihrer Mitmenschen und auch vom Staat geschützt, gestützt und getragen zu werden.

[...] Jede Verbreitung von Hass, von Unwahrheiten, die Gift für unser Zusammenleben sind, lehnen wir strikt ab. Wir urteilen sie als das, was sie sind – sie sind Quelle und Kata-

lystator für Rassismus und für Gewalttaten gegen friedliche Mitmenschen von uns. Kassel, Hanau, Halle – wir alle verbinden mit diesen drei Städtenamen heute hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern gezielte Angriffe auf unser friedliches Zusammenleben. Entschlossen und überall gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einzutreten, meine Damen und Herren, heißt definitiv auch, jene beim Namen zu nennen, die Menschenfeindlichkeit gezielt schüren, um daraus eigenes politisches Kapital zu schlagen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

[...] die AfD setzt auf Spaltung, die AfD attackiert Moral und Werte, die AfD macht ganze Bevölkerungsgruppen verächtlich, die AfD argumentiert rassistisch, die AfD verbreitet Verschwörungstheorien. Das alles verstößt gegen ganz grundlegende Spielregeln eines demokratischen Miteinanders.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)*

Das alles dient einzig und allein dazu, den gesellschaftlichen Frieden Stück für Stück zu zersetzen und aufzulösen. Die Entgrenzung unseres gesellschaftlichen Diskurses ist das eigentliche Ziel, das verfolgt wird, und dagegen [...] müssen wir uns wehren, und das tun wir auch. Das tun wir heute und alle Tage.

Und dazu [...] passt auch die Eilmeldung des heutigen Morgens [...]. Demnach solle der von AfD-Mitgliedern gegründete „Flügel“ für den Verfassungsschutz nun offiziell zu einem Beobachtungsfall werden. [...]

Wenn wir, meine Damen und Herren, diesem rechtsextremen „Flügel“ der AfD selbigen stützen wollen, dann haben wir alle Hände voll zu tun. Alleine beim letzten Treffen des „Flügels“ in Binz,

*(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)*

zu dem unter anderem auch MdL Professor Weber eingeladen hat – zumindest hat er auf Facebook eine entsprechende Kachel gepostet –, wurden neben vielen anderen auch zahlreiche hier anwesende Abgeordnete gesehen, angefangen beim Ex-Abgeordneten der AfD Arppe, bei den beiden MdL Jess und Grimm über den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Obereiner, darüber hinaus Komning von der AfD im Bundestag bis hin zum Fraktionschef der AfD höchstselbst Nikolaus Kramer.

[...] Wir haben es hier [...] mit einer AfD-Fraktion zu tun, in der die Sympathien für diese rechtsextremen Bestrebungen tatsächlich nicht nur in der Mitte, sondern direkt an der Spitze angesiedelt sind.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)*





Foto: Uwe Sinnecker

Was geschehen kann, [...] wenn die Demokratinnen und Demokraten einfach zu schwach sind, sich stabil und un-nachgiebig gegen derlei Tendenzen zu wehren, das hat das Ende der Weimarer Republik gezeigt. Eine Kooperation mit der AfD ist für uns daher undenkbar, ausgeschlossen. Gleiches erwarten wir von unseren Kooperationspartnern inner- und außerhalb des Parlamentes. Wir dürfen diese Art der demokratiefeindlichen Politik nicht akzeptieren.

*(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)*

[...] was ich zur AfD gesagt habe, ist wichtig, aber längst nicht alles, was nach Kassel, Halle und Hanau gegen Rassismus, gegen Antisemitismus, gegen Menschenfeindlichkeit und Gewalt passieren muss. Seitens des Staates muss entschlossen und noch entschlossener gegen die Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung vorgegangen werden, durch einen allerhöchsten Verfolgungsdruck zur Kontrolle, zur Zurückdrängung, zur Zerschlagung aller Neonazistrukturen hier im Land, durch die komplette und unmittelbare Entwaffnung aller Gefährder, durch einen rigorosen Umgang mit Verschwörungen wie „Nordkreuz“ und die schonungslose Aufklärung aller Beteiligten. Das ist eine repressive Seite, auf die eine wehrhafte Demokratie sich immer berufen können muss.

[...] auf der anderen Seite gilt es selbstverständlich, den Antirassismus zu befördern, Menschen starkzumachen, die Demokratie aktiv zu leben und unsere Strukturen nachhaltig zu stärken, die unser friedliches Zusammenleben möglich machen.

*(Zuruf von Horst Förster, AfD)*

Das geht in Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise durch die Fortsetzung unseres erfolgreichen Landesprogrammes „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“. Rassismus gilt es systemisch und systematisch zu bekämpfen – im Sport, auf der Arbeit, in den Schulen und Universitäten, in der Wirtschaft ebenso wie im Parlament. Und hierzu ist unser Landesprogramm und hierzu sind die Akteure, die dieses Landesprogramm in Mecklenburg-Vorpommern leben, breit und bestens aufgestellt. [...]

Für ganz Deutschland fordern wir die Verstärkung der Prävention. Die Förderung und die Verteidigung unserer Demokratie ist keine Projektaufgabe, sie ist eine Daueraufgabe, und deshalb braucht es auf der Bundesebene endlich – und die Gelegenheit ist nun wirklich gekommen – ein Demokratiefördergesetz.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

[...] unsere Demokratie braucht eine starke Basis, unsere Demokratie braucht eine klare Haltung und unsere Demokratie braucht eine feste Verankerung.

*(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)*

Dafür stehen wir seit über 150 Jahren und dafür stehen wir als demokratische Fraktionen von CDU, SPD und LINKEN gemeinsam. [...]

Innenminister Lorenz Caffier:  
„Sprache ist eine  
starke Waffe.“



Foto: Uwe Sinnecker

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

[...] im Abstand von jeweils vier Monaten haben uns seit dem Sommer letzten Jahres grauenhafte und bis tief ins Mark erschütternde Nachrichten aus unserem Alltag [...] geholt: [...] die Betrachtungsweise, es handele sich um gestörte Persönlichkeiten, ist an und für sich richtig. [...] Aber das [...] ist eben nur ein Teil der Wahrheit und er blendet komplett den gesellschaftlichen Zustand aus, in dem wir uns leider seit einiger Zeit auch in diesem Land befinden.

Der Attentäter von Hanau mag irgendeinen wirren Quatsch über eine Fernsteuerung durch Geheimdienste, den destruktiven Islam und die Nichtleistungsfähigkeit ganzer Volksgruppen [...] fabuliert haben, aber diese Gedanken und Haltungen sind eben nicht allein in seinem Kopf entstanden, sondern sie sind Ausdruck der ewigen Debatten ums Anderssein, des pauschalen Herabwürdigens ganzer Bevölkerungsgruppen, [...] des Redens vom „Asyltourismus“ und „anderen Kulturkreisen“, der „Umvolkung“ und von einer „Invasion“.

[...] Kommen Ihnen, meine Herren von der AfD-Fraktion, diese Muster bekannt vor?

[...] Sprache, [...] ist eine starke Waffe, und vielleicht ist es auch kein Zufall, dass das Wort „Auslöser“ auch den Abzug einer Waffe beschreibt. [...] Die Sprache hat dazu geführt, dass aus Spinnern Täter wurden, die davon überzeugt sind, dass es Zeit ist, sich zu wehren. Wir müssen zum Wohle unseres Landes aufhören mit diesem Mist, und erst dann, meine Herren von der AfD, dürfen Sie im Umkehrschluss von uns erwarten, dass wir aufhören, uns von Ihnen zu distanzieren.

[...] Ja, auch Linksextremisten sind keine Kinder von Traurigkeit. Es gibt sie und wir bekämpfen sie auch, aber ich werde niemals den einen Extremismus mit dem anderen Extremismus vergleichen. [...]

Natürlich ist es jedoch mit einem Antrag und einigen magischen Worten nicht getan. Vielmehr hoffe ich, [...] dass Worte wie „Respekt“, „Wertschätzung“ und „Miteinander“ eben keine Einbahnstraße sind.

[...] Der liberale Rechtsstaat, die gesamte Idee der Demokratie mit allen ihren unterschiedlichen Interessen und mit ihrem Schutz für Minderheiten steht so offen wie nie im modernen Deutschland unter Beschuss. Wir brauchen keine Rhetorik, die suggeriert, dass nur die eigenen Ideen die einzigen richtigen sind. [...]

Ich sage das ganz klar in Richtung der AfD, aber auch in Richtung aller Abgeordneten, Regierungsvertreter und Zuschauer im Saal: Es ist Zeit, dass wir uns an die eigene Nase fassen und wieder mehr miteinander ins Gespräch kommen [...]. Sorgen darf jeder Mensch haben und es ist niemandem von uns geholfen, wenn wir diese totschweigen. [...] Aber Sorgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dürfen nie Ausrede dafür sein, den Boden des Grundgesetzes zu verlassen. Das ist gerade in einem demokratischen Rechtsstaat nicht verhandelbar. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU  
und Simone Oldenburg, DIE LINKE)*



Foto: Uwe Sinnecker

Ann Christin von Allwörden, CDU:

## „Spurlos gehen Hass und Hetze nicht an Menschen vorbei.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Achte auf deine Gedanken, denn sie werden Worte. Achte auf deine Worte, denn sie werden Handlungen.“ Mit der Quellenlage dieser Weisheit ist es schwierig. Manche vermuten sie im Talmud. Ich habe auch schon gelesen, dass es eine chinesische Weisheit sein könnte. Am Ende ist es aber auch egal, denn der Gedanke dahinter stimmt in jedem Fall. Erst kommt der Gedanke, dann kommt der Vorsatz, dann kommt die Tat.

Wir haben in wenigen Monaten drei Taten erlebt, die unsere Gesellschaft tief erschüttert haben. Es waren Taten von Männern, über deren Geisteszustand ich hier nicht abschließend urteilen will. Entscheidend ist, alle drei haben beziehungsweise hatten ein Weltbild, das von Verschwörungstheorien durchdrungen war, die unter Rechtsextremisten höchst populär sind. Es ist das Weltbild von Menschen, die für alles Unheil auf dieser Welt einen Sündenbock haben. Flüchtlinge, Moslems,

*(Dr. Gunter Jess, AfD: Oder die AfD.)*

die Juden oder eben Angela Merkel. Wir erleben in den letzten Jahren eine zusehends entgrenzende politische Debatte, eine Debatte, die mit dem lapidaren „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ beginnt und die mit handfesten Morddrohungen endet. Zumindest drei Menschen in den letzten Monaten haben es nicht bei Drohungen belassen. Sie wurden zu Mördern.

Ich bin keine Kriminalpsychologin. Menschen werden nicht automatisch zu Mördern, weil sie in den Medien, hier insbesondere in den sozialen Medien oder auch asozialen Medien, damit dauerbeschallt werden, dass das Abendland

unterzugehen droht. Aber machen wir uns nichts vor, spurlos gehen Hass und Hetze nicht an Menschen vorbei. Hier gibt es eine relativ klare Ursache-Wirkung-Beziehung, und auf die gehe ich am Ende meiner Rede auch noch mal komponiert ein.

Meine Damen und Herren, der grassierende Rechtspopulismus überwölbt und vergiftet nicht nur die mediale Debatte, er zeigt auch parlamentarisch Wirkung, nämlich in der offenkundigen Verhöhnung und Geringschätzung all dessen, was den Parlamentarismus ausmacht: das Ringen um Mehrheiten, der Kompromiss, das Verfolgen guter Absichten, das Anstreben internationaler Zusammenarbeit, das Bemühen um Sachlichkeit, um Maß und Mitte. All das ist dem Rechtspopulismus suspekt. Seine Kategorien sind Dominanz und Stärke, alles andere hält er für Verrat. Eben weil das so ist, eben weil Rechtspopulisten danach streben, den Parlamentarismus lächerlich zu machen, auszuhöhlen und zu überwinden, eben deswegen herrscht in diesem Landtag große Einigkeit: Wer mit Hunden ins Bett geht, wacht mit Flöhen auf.

Meine Damen und Herren, in den Zeitungen war in den vergangenen Wochen und Monaten immer mal wieder von der Weimarer Republik die Rede und davon, dass durch die Bonner beziehungsweise jetzt Berliner Republik wieder ein Hauch von Weimar weht, mit Blick auf die schwierige Mehrheitsfindung in Thüringen. Die Weimarer Republik, das wissen wir heute, war eine Demokratie, in der es zu wenige Demokraten gab, in der mancher noch dem Kaiserreich nachtrauerte und viele eine Diktatur nach sowjetischem Vorbild wünschten. Der Untergang der Demokratie wurde begünstigt durch eine Mischung aus purer Ablehnung, aus Desinteresse und aus dem fatalem Irrglauben, Rechtsextremisten könnten stubenrein werden, wenn man sie streichelt – ein fataler Irrtum der Eliten in der Weimarer Republik.

*(Zuruf von Horst Förster, AfD)*

Wir, meine Damen und Herren, wir hier in diesem Land werden diesen Fehler kein zweites Mal machen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)*

Und das ist auch unser historischer Auftrag als wachsame Demokraten. Zugleich sind wir in der Pflicht gegenüber den Millionen von Toten des Zweiten Weltkrieges, aber auch gegenüber den Ermordeten der vergangenen Monate. Keine Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten, keine Zusammenarbeit mit denjenigen, die die politische Debatte vergifteten. Sie, Herr Professor Dr. Weber, und Sie, Herr Kramer, haben mitgeschossen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.





Foto: Uwe Sinnecker

Nikolaus Kramer, AfD:

„Meine Fraktion will diese Demokratie auch zur Bekämpfung des Rechts-extremismus beleben.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Liebe Landsleute! Es ist ein sehr ernstes Thema, über das wir heute debattieren.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Die erschütternden Morde von Hanau, Halle und Kassel haben Spuren hinterlassen. Wir erleben eine neue Form der Radikalisierung, die die Sicherheit der Menschen auch in Mecklenburg-Vorpommern angreifen kann. Deshalb kann es nur folgerichtig sein, genau dieses Thema im Landtag zu behandeln. [...] Wir müssen genau hinsehen, um zu verstehen, was passiert. Das geht nur mit einer klaren Analyse, die uns voranbringt.

(Torsten Renz, CDU: Dann mal los!)

[...] Meine Damen und Herren, die Expertenanalyse von Frau Saimeh beschreibt einen psychotischen Täter. Wir wissen, dass er in seinem Wahn rassistische Gedanken als Folie genutzt hat. Ein so krankhaftes Hasspotenzial, meine Damen und Herren, hat auf kaum vorstellbare Art und Weise elf Menschen das Leben genommen und schreckliches Leid verursacht.

Ein solcher Fall ist für unsere Behörden nicht einfach zu verhindern, da der Täter aufgrund seiner bürgerlichen Sozialisation lange Zeit unter dem Radar läuft. Es ist auch die Aufgabe der Gesellschaft, die Gefährlichkeit rechtzeitig zu identifizieren und präventive Maßnahmen zu ergreifen. Daher besteht die Frage auch darin, wie wir so furchtbar kranken Menschen rechtzeitig helfen können.

Meine Damen und Herren, nach Ansicht des Psychologen Nils Böckler,



Schülerinnen des Gymnasialen Schulzentrums Wittenburg auf der Besuchertribüne Foto: Uwe Sinnecker

*(Zuruf von Christian Brade, SPD)*

der zu Radikalisierung und Extremismus forscht, gehört zu einer ehrlichen Analyse, dass voreilige Schuldzuweisungen völlig deplatziert sind. Die Einzeltäter von Hanau oder Halle haben kein geschlossenes Weltbild. Sie flicken sich ihre Weltanschauung zusammen, um ihre Persönlichkeit zu inszenieren. Das unterscheidet sie vom politischen Terror der Roten Armee Fraktion oder Organisationen anderer extremistischer Schattierungen.

Meine Damen und Herren, in Hanau und Halle haben wir es mit einer besonders schwierigen Form mörderischer Gewalt zu tun. Eine Konsequenz aus diesen Vorfällen kann nur sein, dass eine Sensibilisierung von Politik und Gesellschaft stattfindet, und bei dieser Aufgabe, werte Abgeordnete der Koalition und der LINKEN, stehen wir fest an Ihrer Seite.

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Julian Barlen, SPD)*

[...] Es hängt insbesondere davon ab, Herr Krüger, wie wir miteinander ins Gespräch kommen und wo wir unsere Demokratie ernst nehmen.

*(Thomas Krüger, SPD: Ich möchte mit Ihnen nicht ins Gespräch gehen. – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wir kommen nicht miteinander ins Gespräch.)*

Meine Fraktion will diese Demokratie auch zur Bekämpfung des Rechtsextremismus beleben.

*(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD: Genau. – Zuruf von Horst Förster, AfD)*

[...] Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu! Zeigen Sie, wie echter demokratischer Konsens

*(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)*

gegen Extremismus und Rassismus in diesem Hause aussieht.

*(Wolfgang Waldmüller, CDU: Mein lieber Mann!)*

Liebe Bürger dieses Landes, ich darf am Ende meiner Rede einen klugen Sozialdemokraten zitieren:

*(Dr. Ralph Weber, AfD: Falls es so was gibt!)*

„Heute steuern wir unverdrossen auf eine weitere Stufe der menschlichen Entwicklung zu: den Bestmenschen gegen rechts. Er ... beansprucht ... die alleinige Deutungsmacht über das Gute. ... Am Ende wird die politische und kulturelle Spaltung unseres Landes weiter forciert.“ Herzlichen Dank für diese Worte an Herrn Mathias Brodkorb.

Das ist eine Warnung vor dem Abbruch des demokratischen Gesprächs aufgrund eines auf die Spitze getriebenen Moralismus. Durch die Instrumentalisierung von Hanau ist dies aktueller denn je. [...] Die Christdemokratie erkennt hoffentlich bald, dass nichts zu gewinnen ist, wenn man sich von den LINKEN die Agenda diktieren lässt.

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Meine Damen und Herren, Hanau ist nicht die AfD. Meine Partei lehnt Gewalt und jede Form extremistischen Handelns ab.

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Tilo Gundlack, SPD: Jaaa! – Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Thomas Krüger, SPD)*

[...] Herzlichen Dank.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos – Julian Barlen, SPD: Merken Sie selber, oder?)*



Die vollständigen Redebeiträge finden Sie im Plenarprotokoll unter [www.landtag-mv.de/parlamentsdokumente.html](http://www.landtag-mv.de/parlamentsdokumente.html). Auf dem YouTube-Kanal des Landtages gibt es die Plenarsitzungen auch als Video unter: [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de).

Simone Oldenburg, DIE LINKE:

„Wir werden es nicht zulassen, dass sich im Jahr 2020 ein „33“ einschleicht.“



Foto: Uwe Sinnecker

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Rassismus, Antisemitismus, rechtsextremistisch motivierte Anschläge und Morde sowie die gewaltbereite und verrohte Sprache greifen unser Leben, unsere Demokratie seit Jahren an. Es gibt Tage nach Anschlägen oder gewaltbereiten Äußerungen, an denen Trauer überwiegt und sich Fassungslosigkeit breitmacht. Und in dieser Zeit bringt der gemeinsame Antrag von SPD, CDU und meiner Fraktion ein bisschen mehr Hoffnung und mehr Entschlossenheit. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE)*

[...] Wir zeigen, dass Demokratinnen und Demokraten trotz unterschiedlicher politischer Ansichten zum Schutz der Volksherrschaft, zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit und zum Schutz der Menschen zusammenarbeiten.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Sehr geehrte Damen und Herren,

*(Dr. Ralph Weber, AfD:  
Aber die darf man ja nicht ansprechen.)*

wie konnten die Faschisten 1933 die Macht ergreifen?

*(Zuruf von Ralf Borschke, AfD)*

Sie kamen mit ganz legalen Mitteln an die Macht.

*(Zuruf von Horst Förster, AfD)*

[...] Sie installierten das Führungsprinzip mit Gleichschaltung, Notstandsgesetzgebung, Parteienverboten, mit der Verfolgung Andersdenkender, Andershandelnder,

*(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie waren da, oder was?)*

Andersaussehender,

*(Peter Ritter, DIE LINKE: Waren Sie da?)*

Anderssprechender,

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Andersliebender,

*(Peter Ritter, DIE LINKE: Waren Sie da? –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Andersgläubiger

*(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Haben Sie Goebbels da getroffen?)*

und Anderslebender.

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

[...] Und das, sehr geehrte Damen und Herren, das sind nicht nur Taten der Geschichte, nein, Geschichte droht sich zu wiederholen, denn auch in den letzten Jahren schafften es Rechtsextreme in die Parlamente, ob in Thüringen oder in Mecklenburg-Vorpommern.

*(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)*

So ätzte der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag Höcke, ich zitiere, man werde, „so fürchte ich, nicht um eine Politik der ‚wohltemperierten Grausamkeit‘ herumkommen. Existenzbedrohende Krisen erfordern außergewöhnliches Handeln. Die Verantwortung dafür tragen dann diejenigen, die die Notwendigkeit dieser Maßnahmen“

*(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)*

„mit ihrer unsäglichen Politik herbeigeführt haben.“

*(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)*

Ende des Zitats.

[...] Wir werden es nicht zulassen, dass sich im Jahr 2020 ein „33“ einschleicht, denn wer einen Führer installieren will, Migranten von der Teilhabe am Leben ausschließen möchte, wer die Zeit des Hitler-Faschismus relativieren will und nicht als das anerkennt, was sie ist, die grausamste Zeit deutscher Geschichte, europäischer Geschichte und der Weltgeschichte, der, sehr geehrte Damen und Herren, der ist ein Faschist. Mit einer Partei, die Faschisten in ihren Reihen hat, werden wir niemals zusammenarbeiten!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE)*





Foto: Cornelius Kettler

Mit Markierungen im Abstand von 1,5m auf dem Boden sollen die Kunden im Supermarkt ermahnt werden, einen Sicherheitsabstand zueinander einzuhalten.

## Corona-Virus sorgt für Einschränkungen

Abgeordnete appellieren an Sachlichkeit, Vernunft und Solidarität

■ Kinder dürfen nicht zur Kita und Schule. Geschäfte, Restaurants, Hotels, Theater – geschlossen. Großeltern und Freunde treffen – verboten. Veranstaltungen aller Art – auf unbestimmte Zeit abgesagt. Das öffentliche Leben steht auch in MV nahezu still. Noch niemals zuvor mussten Bund und Länder zu derart drastischen Maßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger greifen. Doch sie entscheiden dies aus gutem Grund – um die Ausbreitung der hoch ansteckenden Corona-Viren einzuschränken. Auch der Landtag hat sich mit dem Thema Corona befasst. Als die Abgeordneten am 11. März auf Antrag der CDU-Fraktion in der Aktuellen Stunde über die Situation in MV debattierten, war das Land noch weit von diesen Einschränkungen entfernt. Eine der drängendsten Fragen zu diesem Zeitpunkt war noch, inwiefern Großveranstaltungen abgesagt werden. In den folgenden Wochen haben sich die Ereignisse nahezu täglich überschlagen. Weltweit. Bundesweit. Landesweit. Und zu großen Einschränkungen für nahezu jede und jeden im Land geführt.

„Wahrscheinlich gab es in den letzten Jahren keine aktuellere Aktuelle Stunde hier im Landtag als die heutige“, sagte **Sebastian Ehlers** (CDU). „Quasi im Stundentakt überschlagen sich die Meldungen und Ereignisse.“ Dass das Virus auch in MV ankomme, sei nur eine Frage der Zeit gewesen. „Es geht jetzt darum, die Ausbreitung zu unterbrechen bzw. zu verlangsamen.“ Hier sei jeder Einzelne gefragt, Hygieneregeln einzuhalten, unnötige Reisen zu meiden und auf Freizeitaktivitäten zu verzichten, bei denen sich viele Menschen zusammenfinden. Ihm sei bewusst, dass sich jede

Einschränkung auch auf die Wirtschaft auswirken werde. Er begrüßte, dass der Bund bereits Kurzarbeitergeld, Liquiditätshilfen, Bürgschaften und Steuerstundungen für betroffene Unternehmen zugesagt habe. „Auch wir im Land werden, wenn es notwendig ist, die Unternehmen bei uns nicht im Stich lassen.“ Er zeigte sich überzeugt, dass das Gesundheitssystem gut auf die Ausbreitung des Virus vorbereitet sei. „Aber es wird an Grenzen geführt werden.“ Umso wichtiger sei es, jetzt besonnen und vernünftig zu handeln, um die Infektionsketten zu unterbrechen.

„Wir sind gut auf die Krankheit vorbereitet“, pflichtete Gesundheitsminister **Harry Glawe** bei. Alle zuständigen Behörden bei Bund, Land und Kommunen stünden in engem Austausch miteinander. MV sei seit gut 14 Tagen von dem Virus betroffen. Grund zur Panik gebe es aber nicht. Um die Arztpraxen zu entlasten, werde sein Ministerium landesweit neun Abstrich-Zentren einrichten. Zudem erhalte die Kassenärztliche Vereinigung Geld, um Schutzausrüstung für niedergelassene Ärzte zu beschaffen. Darüber hinaus habe das Land eine Hotline für Bürger (0385/588-5888) und Unternehmer (0385/588-5588) eingerichtet. Erleichtert zeigte er sich darüber, dass der Bund die Schwelle für Kurzarbeit gesenkt habe. Der Minister appellierte an alle, die befürchten, am Coronavirus erkrankt zu sein, zunächst beim Hausarzt anzurufen. Dieser werde dann alle weiteren Schritte einleiten. Er kündigte an, jede Entwicklung mit Augenmaß zu analysieren und daraus tagessaktuell Entscheidungen abzuleiten. Sein besonderer Dank galt allen, die sich intensiv für das Zurückdrängen des Virus einsetzten.

„Fakt ist, dass wir die Pandemie nicht aufhalten können“, verdeutlichte **Nikolaus Kramer** (Fraktionschef AfD). „Wir können lediglich ihren massenhaften Ausbruch verhindern. Und da ist jeder Einzelne von uns in der Pflicht.“ Für jeden sollte es inzwischen selbstverständlich sein, sich regelmäßig die Hände zu waschen, weil im Supermarkt, im öffentlichen

Personennahverkehr, kurzum, überall, wo man sich draußen bewegt, kontaminierte Flächen lauern können. „Jeder Tag, den wir gewinnen, ist ein guter Tag.“ Er appellierte daran, parteiübergreifend zusammenzuhalten, „denn es wird ein nationaler Kraftakt werden, möglicherweise auch ein europäischer Kraftakt“. Sich mit Grundnahrungsmitteln und Wasser einzudecken, sei richtig. Es müsse jedoch niemand in Panik verfallen und beim Einkaufen hamstern.

„Wir sprechen über eine Situation, die wir in ihrem Ausmaß vor einigen Wochen so noch nicht ahnen konnten“, äußerte **Julian Barlen** (SPD). Bei aller nachvollziehbaren Sorge über die Entwicklung und ihre Folgen, komme es jetzt darauf an, besonnen und gelassen zu bleiben – auch dann, wenn die Schutzmaßnahmen ausgeweitet werden sollten. Er warb darum, in Zeiten von Fake News nicht jeder Horrormeldung einfach so Glauben zu schenken und Vertrauen ins Gesundheitssystem zu haben. „Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern sind im internationalen Vergleich wirklich gut vorbereitet. Wir haben gute Kliniken, wir haben fitte Ärzte, wir haben ausgewiesene Experten, ein ausgebautes Krankheitswarn- und Meldesystem und wir haben Notfallpläne.“ Das Virus werde unbestritten auch die Wirtschaft treffen. In welchem Ausmaß, sei ungewiss. „Eines ist aber klar und auch klares Signal hier aus dem Landtag: Kein Unternehmen darf in ernste Schieflage oder gar Insolvenz geraten, kein Arbeitsplatz darf gefährdet werden.“

„Wir sollten die Coronakrise auch nutzen, um die Globalisierung kritisch zu hinterfragen“, führte **Holger Arppe** (fraktionslos) an. Produktionen ins Ausland zu verlagern, erweise sich nun als Achillesferse für Deutschland und MV. „Die meisten unserer Arzneimittel kommen aus China oder Indien. Das ist mit ein Grund, weshalb wir jetzt Lieferengpässe in dem Bereich haben.“ Die Landesregierung sollte sich deshalb auf Bundesebene dafür einsetzen, Schlüsselindustrien wieder in Deutschland anzusiedeln.

Für DIE LINKE offenbare die Pandemie, wie fragil unsere Lebensgrundlagen sind. „Wir werden auf uns selbst zurückgeworfen und müssen uns fragen: Kön-

## Stichwort: Corona

### Wie wird das Virus übertragen?

Von Mensch zu Mensch. Hauptsächlich über Tröpfcheninfektion, insbesondere durch Niesen und Husten oder wenn beim Sprechen winzige Tröpfchen weitergegeben werden. Das Robert-Koch-Institut schließt nicht aus, dass man sich auch über verunreinigte Oberflächen (Schmierinfektion) anstecken kann. Die häufigsten Infektionsketten gehen den Wissenschaftlern zufolge aber auf eine direkte Übertragung zurück. Die Gefahr, sich anzustecken, wird in Deutschland derzeit als hoch eingeschätzt.

### Wie kann man sich vor einer Ansteckung schützen?

Waschen Sie sich regelmäßig und gründlich die Hände. Unter fließendem Wasser und mit reichlich Seife. Mindestens 20 Sekunden lang. Niesen Sie in ein Einwegtaschentuch oder in die Armbeuge. Halten Sie beim Husten oder Niesen mindestens einen Meter Abstand zu anderen und drehen Sie sich weg. Halten Sie generell zu anderen Menschen einen Abstand von mindestens 1,5 Metern. Vermeiden Sie soziale Kontakte. Fassen Sie sich nicht mit den Händen ins Gesicht. Geben Sie niemandem die Hand.

Quellen: [www.bzga.de](http://www.bzga.de) (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung), [www.rki.de](http://www.rki.de) (Robert-Koch-Institut) und [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

### Welche Krankheitszeichen können auftreten?

Symptome, die am häufigsten beobachtet werden, sind Husten, Unwohlsein und Fieber. Manche Betroffene klagen auch über Durchfall. In schweren Fällen kann die Erkrankung zu Atemproblemen führen und tödlich enden. Infektionen können aber auch ohne Krankheitszeichen ablaufen. Die Inkubationszeit, also der Zeitraum zwischen Ansteckung und Ausbruch der Krankheit, beträgt bis zu 14 Tage.

### Für wen ist eine Infektion besonders gefährlich?

In den meisten Fällen verläuft die Krankheit mild. Manche Menschen sind aber eher gefährdet für einen schweren Verlauf als andere. Zu den Risikogruppen gehören unter anderem ältere Menschen, Raucher oder Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen. Das Robert-Koch-Institut zählt dazu zum Beispiel Herz-Kreislauf-erkrankungen, Diabetes, Erkrankungen des Atmungssystems, der Leber und der Niere sowie Krebserkrankungen.

## Abschied

Foto: Jens Büttner



„Der Landtag trauert um Prof. Dr. Alfred Gomolka.

Mecklenburg-Vorpommerns erster Ministerpräsident, Alfred Gomolka ist am 24. März im Alter von 77 Jahren gestorben. Anlässlich der Nachricht erklärte Landtagspräsidentin Birgit Hesse:

Als Abgeordneter der ersten Wahlperiode des Landtages MV und erster frei gewählter Ministerpräsident unseres Bundeslandes hat er sich mit seinem Wirken um den Aufbau der parlamentarischen Demokratie in MV in besonderer Weise verdient gemacht. Als Politikerin wie Repräsentantin unseres Landesparlamentes trauere ich um einen über die Parteigrenzen hinweg geschätzten Politiker, dessen Stimme auch nach seiner aktiven Zeit Gewicht hatte. Meine Gedanken sind in diesen Stunden bei der Familie des Verstorbenen.“

nen wir weiter so produzieren, das Produzierte verteilen und konsumieren wie bisher? Was ist eigentlich wirklich wichtig in unserem Leben? Und wie gehen wir miteinander um?“, meinte **Torsten Koplín**. „Klingt pathetisch, ist es aber nicht.“ Das Virus werfe auch ein Licht auf die Schwächen des Gesundheitssystems. An vielen Stellen mangle es an Desinfektionsmittel und Schutzkleidung. „Wir fordern daher den unverzüglichen Aufbau einer landeseigenen Notfallreserve für Desinfektionsmittel und Schutzkleidung.“

Darüber hinaus verlangte er, die Ausbildungskapazitäten in der Pflege und die Zahl der Medizinstudienplätze zu erhöhen. „Wir müssen vorausschauend dafür sorgen, dass wir endlich genug Pflege-

rinnen und Pfleger sowie Ärztinnen und Ärzte haben.“ Sein dringlicher Appell an die Bevölkerung: den Empfehlungen der Behörden Folge zu leisten. „Besonnenheit, Rücksichtnahme und Solidarität sind das Gebot der Stunde.“

Ein Dreiklang, auf den auch Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** setzt. Sie bat um Verständnis, wenn es in nächster Zeit zu weiteren Einschränkungen kommen sollte. Die Lage sei ernst. Manch einer möge die Maßnahmen vielleicht für übertrieben halten. Hier gehe es aber um den Schutz von Menschenleben. Auch wer sich selbst nicht für gefährdet halte, habe eine Verantwortung gegenüber Risikopatienten. „Um diese Solidarität bitte ich unsere

Bevölkerung.“ Sie verstehe die Sorgen der Wirtschaft. Das Land sei jedoch gut vorbereitet. Sie befürwortete die Regelungen des Bundes zur Kurzarbeit. „Mit Kurzarbeit sind wir sehr, sehr gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen. Es ist eine Maßnahme, mit der wir gute Erfahrungen haben.“ Auch mit dem kürzlich beschlossenen Landeshaushalt für 2020/2021 sei MV gut für schwierige Situationen aufgestellt. In den nächsten Wochen werde man auf viele Dinge flexibel reagieren müssen. „Ich bin sehr, sehr zuversichtlich, dass wir genau mit diesem Dreiklang – die Kraft aufbringen, sich der Pandemie zu stellen, besonnen zu reagieren und solidarisch zu handeln – in der Bevölkerung auch das meistern können.“



Foto: Cornelius Kettler

Besonders für Ermittlungen im Internet erhält die Polizei mehr Möglichkeiten.

## Polizei erhält mehr Befugnisse

Sicherheits- und Ordnungsgesetz soll digitale Ermittlungen erleichtern

■ Unerlässlich und genau richtig. Nicht weitreichend genug. Zu weit gehend. Auf diesen Nenner lassen sich die Positionen der Landtagsfraktionen zum neuen Sicherheits- und Ordnungsgesetz bringen. Die neuen Regelungen sollen der Polizei in MV mehr Befugnisse geben, insbesondere für Ermittlungen im Internet. Sie erlauben den Beamten zum Beispiel, heimlich auf Computer, Tablets und Smartphones zuzugreifen

oder Telefonate zu überwachen. Das Anliegen dahinter: Terrorismus, Online-Kriminalität und Kinderpornografie wirkungsvoller zu bekämpfen. Die Änderungen wurden monatelang kontrovers diskutiert: In der Öffentlichkeit. In den Fraktionen. Im Innenausschuss und in Anhörungen mit Sachverständigen. Und im März nach zweiter Lesung im Landtag mit den Stimmen von SPD, CDU und AfD beschlossen.

„Das neue Gesetz ist eine Antwort auf das digitale Zeitalter“, verdeutlichte **Manfred Dachner** (SPD). Während sich Täter, bildlich gesehen, in düsengetriebenen Fahrzeugen auf der Datenauto-bahn bewegten, seien die Ermittler noch im Wartburg unterwegs. „Mit dem Gesetz geben wir der Polizei die Befugnis, effektiver die Allgemeinheit und den Einzelnen zu schützen.“ Die Erweiterungen mögen „wie ein Gruselkabinett von Maßnahmen“ klingen – aber nur, wenn man nicht deutlich dazu sage, dass ihre Anwendung auf Tatsachen beruhen muss, die eine Gefahr für Leib und Leben bedeuten. Bloße Verdachtsmomente reichten nicht aus. Das gelte auch für Menschen im direkten Umfeld einer Zielperson. Selbst die



Großmutter von Al Capone hätte nach diesem Gesetz keine Polizeimaßnahme zu befürchten, sofern keine Tatsachen vorliegen, dass von ihr selbst Gefahren ausgingen, so Dachner. Zudem stünden alle freiheitseinschränkende Maßnahmen unter Richtervorbehalt. Er betonte: „Die Polizei war und ist immer ein zuverlässiger Hüter des Gesetzes. Das wird auch im neuen SOG so bleiben.“

**Nikolaus Kramer** (Fraktionsvorsitzender der AfD) begrüßte die Änderungen. „Es ergibt schlichtweg keinen Sinn, die Landespolizei zur Abwehr schwerwiegender Gefahren personell aufzustocken, ihr aber dann die notwendigen Möglichkeiten der Erkenntnisgewinnung vorzuenthalten.“ An einigen Stellen sehe er jedoch Nachbesserungsbedarf. So sollten Ermittler zur Abwehr terroristischer Straftaten Menschen auch präventiv in Gewahrsam nehmen dürfen. „Und wir wollen Journalisten als Berufsheimnisträger explizit schützen.“ Die Sorge vor einem Überwachungsstaat hielt er für unbegründet. „Das neue Sicherheits- und Ordnungsgesetz ist mit Sicherheit keine neue Stasi 2.0.“ Alles andere sei „Polemik eines linken Milieus“ und verkenne die unabhängigen Kontrollinstanzen des Rechtsstaats. Kritik übte er an der neuen Ombudsstelle für Polizisten. Sie schüre nur Misstrauen innerhalb der Landespolizei. „Bei uns im Land gibt es viele Stellen, an die sich Polizisten in Not wenden können“ – denen nun das Vertrauen abgesprochen werde.

„Das einzig Schlechte an dem Gesetz ist, dass es nicht schon letztes Jahr in Kraft getreten ist“, sagte **Ann Christin von Allwörden** (CDU). „Gerade die erweiterten Online-Befugnisse sind in Zeiten der allgemeinen Digitalisierung ein zwingend notwendiges polizeiliches Mittel zur Gefahrenabwehr.“ Viele der gezeichneten Horrorszenarien seien „kompletter Stuss“. Sie offenbarten lediglich, welches Misstrauen die politischen Ränder gegenüber der Polizei hegten. „Die Gefahr, dass der Staat die Daten missbraucht, geht gegen null.“ Von ihrer Kritik am Umgang mit dem Gesetzentwurf nahm sie auch die Medien nicht aus: Dem Land einerseits den Weg in einen Überwachungsstaat zu unterstellen, andererseits aber damit

zu werben, für ein neues Zeitungsabo „Alexa“ obendrauf zu legen, sei blanker Hohn. Sie betonte, dass das Gesetz Medienvertreter gegenüber dem bisherigen Recht nicht schlechter stelle. „Möglich, dass Medienvertreter sich, was das angeht, schon immer schlecht behandelt gefühlt haben. Aber neu sind die beklagten Regelungen ganz und gar nicht.“

Für DIE LINKE greift der Gesetzentwurf zu weit in die Grundrechte der Bürger ein. „Online-Durchsuchungen und Quellen-TKÜ [Telekommunikationsüberwachung] unter dem Vorwand der Gefahrenabwehr stellen einen Paradigmenwechsel dar, dessen Flurschaden noch gar nicht absehbar ist“, sagte **Peter Ritter**. „Aus der Polizei als allgemeinem Inbegriff von Sicherheit und Gefahrenabwehr wird eine Institution, deren Arbeit auf Unsicherheit und Sicherheitslücken von IT-Systemen basiert.“ Das werde das Vertrauen der Bürger in die Polizei nicht stärken. Er forderte, dem Zuwachs an Befugnissen eine unabhängige Beschwerdestelle gegenüberzustellen, an die sich nicht nur Polizisten, sondern auch Bürger wenden können.

Da sich der Vorsitzende des Innenausschusses in der Debatte weder zu den Beratungen noch zur Anhörung im Ausschuss geäußert habe, empfahl er allen Interessierten einen Blick in die Beschlussempfehlung. „Denn die Anhörung hat ein ganz anderes Bild ergeben als hier in einzelnen Reden dargestellt wurde.“ Sämtliche Hinweise, Kritiken oder Anregungen seien jedoch in den Wind geschlagen worden.

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde über den Gesetzentwurf namentlich abgestimmt. Daran nahmen 68 Abgeordnete teil. 56 stimmten für den Gesetzentwurf, 12 dagegen. Die Änderungsanträge der Opposition wurden abgelehnt.

*Gesetzentwurf Landesregierung  
Drucksache 7/3694*

*Beschlussempfehlung Innenausschuss  
Drucksache 7/4766*

*Änderungsanträge DIE LINKE*

*Drucksachen 7/4776 und 7/4777*

*Änderungsanträge AfD*

*Drucksachen 7/4778 und 7/4779*

### Info

- In begründeten Fällen darf die Polizei PCs, Smartphones und Tablets von Zielpersonen durchsuchen und überwachen. Bei Bedarf auch über einen längeren Zeitraum. Voraussetzung dafür ist in jedem Fall eine richterliche Genehmigung.
  - Neben Festnetz und Mobilfunk dürfen Ermittler nun auch Telefongespräche übers Internet überwachen und mithilfe einer Software auf verschlüsselte Inhalte zugreifen. Auch für diese Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) ist eine richterliche Genehmigung notwendig.
  - Lässt sich die Identität einer Person nicht anders feststellen, dürfen Ordnungsbehörden die betroffene Person bis zum Eintreffen der Polizei festhalten.
  - Der finale Rettungsschuss wird als klarstellende Regelung in das SOG aufgenommen.
- Er ist bisher auch schon möglich, aber nicht explizit gesetzlich festgehalten.
- In polizeilichen Räumen, die für die Gewahrsamnahme genutzt werden, wird Videoüberwachung erlaubt.
  - Um Straftaten zu verhindern oder Vermisste zu suchen, darf die Landespolizei auch Drohnen einsetzen.
  - Vollzugsbediensteten der Zollverwaltung wird eine Eilzuständigkeit eingeräumt. Damit können auch sie gefahrenabwehrend tätig werden.
  - Security-Personal bei Großveranstaltungen soll regelmäßig einer Zuverlässigkeitsprüfung unterzogen werden.
  - Der Katalog der Straftaten von erheblicher Bedeutung wird unter anderem um Terrorismusfinanzierung, die Verbreitung von Kinderpornografie, Geldwäsche und das Einschleusen von Ausländern erweitert.

*Quelle: Innenministerium*

## Enquete-Kommission kommt

Gremium soll über die Zukunft der medizinischen Versorgung in MV beraten

■ Um die stationäre Versorgung kranker oder verletzter Menschen kümmern sich in MV 37 Krankenhäuser. Jeden einzelnen dieser Standorte auch in Zukunft zu erhalten, ist ein Ziel, das alle Fraktionen im Landtag eint. Über den Weg dahin gehen die Meinungen allerdings auseinander. DIE LINKE hält es unter anderem für geboten, private Krankenhäuser gegebenenfalls in öffentliche Trägerschaft zurückzuführen und forderte, bis Herbst entsprechende Möglichkeiten auszuloten. Die Koalitionsfraktionen legten einen Dringlichkeitsantrag vor. Ein zentraler Punkt darin: Schnellstmöglich eine Enquete-Kommission ins Leben zu rufen, die die Zukunft der medizinischen Versorgung in MV als großes Ganzes beleuchtet.

Ein vorbildliches Gesundheitsnetz auf der einen Seite, marode Kliniken und veraltete Technik auf der anderen – in diesem Konfliktfeld habe sich das Gesundheitswesen nach der Wende befunden, skizzierte **Torsten Koplín** (DIE LINKE). „Das Heil aus dieser Situation wurde im Umbruch der Eigentumsverhältnisse gesehen.“ In keinem anderen ostdeutschen Bundesland seien so viele Krankenhäuser privatisiert worden wie in MV – die meisten zwischen 1991 und 1996. Unter der SPD/PDS-Regierung in den Jahren 1998 bis 2006 seien es sechs gewesen. „Seither zieht eine Beutegemeinschaft privater Klinikkonzerne durch das Land“, die – getrieben von Effizienzrenditen – unprofitable Krankenhausbereiche wie Kinder- und Jugendmedizin, Gynäkologie und Geburtshilfe auslese. Hier müsse die Politik Verantwortung übernehmen und gegebenenfalls private Krankenhäuser in öffentliche Trägerschaft zurückführen. „Es geht nicht um eine Situation, die von

heute auf morgen ansteht. Aber wir haben politisch Vorsorge zu leisten für den Fall der Fälle.“ Als Finanzierungsquelle brachte er den Strategiefonds ins Spiel.

Die stationäre Versorgung langfristig flächendeckend aufrechtzuerhalten, stehe für die Koalitionsfraktionen außer Frage. Sich in jeder Landtagssitzung einzelnen Standorten oder Herausforderungen zu widmen, werde die Probleme aber nicht lösen, begründete **Sebastian Ehlers** (CDU) den auf Initiative seiner Fraktion eingereichten Dringlichkeitsantrag. Er halte es für sinnvoller, die Dinge zu bündeln. „Wir wollen deshalb heute die Weichen stellen für eine Enquete-Kommission ‚Zukunft der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern‘“. Mit dem Ziel, konkrete Details für eine zukunftsfähige medizinische Versorgung im Land auszuarbeiten. Er warb darum, alle Gedankenspiele zuzulassen und innovative Wege zu gehen. „Da darf es keine Denkverbote geben.“ Er appellierte daran, die Enquete-Kommission schnell ins Leben zu rufen und noch bis zum Ende der Wahlperiode zu Ergebnissen zu kommen.

Gesundheitsminister **Harry Glawe** unterstrich, dass das Gesundheitssystem von einer Vielfalt an Anbietern lebe. Dazu gehörten private und kommunale Trägerschaften genauso wie die freie Wohlfahrt. „Grundsätzlich ist das immer ein Dreiklang.“ Das, was DIE LINKE hier einfordere, stehe vor einer hohen Hürde im Grundsatz und im Grundgesetz. Trägerschaften unter Zwang zu verändern, sei ausgeschlossen. „Es muss immer einen Verkäufer geben und einen, der kaufen will.“ Er zeigte sich überzeugt, dass die gegenwärtige Gesundheitsstruktur im Land auch in den nächsten Jahren Bestand haben werde. Eine Enquete-Kommission sei aber ein guter Weg, um fraktionsübergreifend und mit Fachleuten über die Krankenhauslandschaft und deren Strukturen nachzudenken und Empfehlungen zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung zu erarbeiten.

„Wir wissen, dass linke Politik gern von einer Ausweitung der Staatsquote träumt“, sagte **Dr. Gunter Jess** (AfD). „Wir meinen dagegen, dass wir alle, auch private, Ressourcen für eine

gute Gesundheitsversorgung nutzen sollten.“ Krankenhäuser in Gänze oder Teilbereichen zu rekommunalisieren, sei daher eine Handlungsoption, aber kein Königsweg. Einer Enquete-Kommission, die bis zu Sommerpause 2021 Ergebnisse präsentieren soll, stand er skeptisch gegenüber. „Ich denke, da wird nichts Vernünftiges bei rauskommen.“ Er habe vielmehr den Eindruck, dass die Koalitionsfraktionen mit den selbst verursachten Problemen nicht mehr fertig werden und sich mit der Kommission und mit Blick auf die Landtagswahl 2021 „geschickt aus der Affäre ziehen wollen“. Er nehme den Koalitionsfraktionen die Rolle des Gestalters jedenfalls nicht ab, sondern frage sich, warum die Antragsteller nach 30 Jahren direkter oder indirekter Regierungsverantwortung in Bund und Land nicht schon längst gehandelt haben.

„Mosaiksteine bringen nicht viel“, warb **Julian Barlen** (SPD) für die Enquete-Kommission. „Wir brauchen einen langfristig tragfähigen Masterplan.“ Im Kern gehe es um ein sektorübergreifendes, multiprofessionelles Versorgungskonzept. „Die Menschen erwarten zu Recht, dass sich der Staat um die wesentlichen Belange der Daseinsvorsorge kümmert, und wenn nötig, dem Markt auch die Stirn bietet.“ Das Land dürfe nicht weiter dabei zuschauen, wenn private Träger wichtige, aber weniger oder nicht profitable Bereiche wie Geburtshilfe oder Pädiatrie abstoßen. „Die Politik muss es sein, die die Regeln dieses Spiels bestimmt und gemeinsam mit den Beteiligten aktiv und mit klaren Anforderungen ausgestaltet. Das ist die Motivation für den heutigen Antrag.“ Der Landtag müsse in diesen Fragen eng an der Seite der Menschen stehen, die diese Versorgung dringend brauchten. Aufgabe der Enquete-Kommission sei es deshalb, den Status quo zu analysieren, Perspektiven in den Blick zu nehmen und Empfehlungen für eine flächendeckend und zukunftsfähige Gesundheitsversorgung auszusprechen.

**Sebastian Ehlers** (CDU) warnte davor, den Eindruck zu erwecken, Re-Kommunalisierungen würden alle Probleme lösen. „Das ist zu kurz gedacht.“ Auch kommunale Krankenhäuser seien nicht vor Personalmangel gefeit. Als Finanzie-



Foto: Jens Büttner

Eine Enquete-Kommission soll sich mit der Zukunft der 37 Krankenhäuser in MV befassen.

rungsquelle den Strategiefonds anzuführen, helfe nicht weiter. „Da können Sie ein halbes Krankenhaus zurückkaufen.“ Pauschal von einer „Beutegemeinschaft privater Klinikkonzerne“ zu sprechen, hielt er nicht für angebracht. „Man muss immer aufpassen, dass man nicht verallgemeinert.“ Den Vorwurf der AfD, wieß er zurück: Niemand wolle sich hinter eine Enquete-Kommission verstecken. Im Gegenteil: „Wir werden hier sehr offen und kontrovers die Dinge diskutieren, auch mit Experten. Was am Ende dabei rauskommt, das weiß ich heute ehrlicherweise auch noch nicht.“

Die Trägervielfalt der Krankenhäuser stelle seine Fraktion nicht infrage, betonte **Torsten Koplin** (DIE LINKE). „Wir müssen uns nur mit dem Punkt auseinandersetzen, was passiert, wenn ein Krankenhausträger nicht in der Lage oder gewillt ist, seinen Versorgungsauftrag zu erfüllen.“ Selbst die Ministerpräsidentin habe in der Aufregung um Parchim und Crivitz Re-Kommunalisierungen ins Feld geführt. „Wir wollen mit unserem Antrag nichts anderes, als sich damit auseinandersetzen.“ Eine Enquete-Kommission ins Leben zu rufen, sei begrüßenswert. Sie werde jedoch nicht in einem Jahr mit ihrer Arbeit fertig sein. Er drängte daher mit einem Änderungsantrag darauf, sie in der nächsten Legislaturperiode fortzuführen und im Sommer zunächst einen Zwischenbericht vorzulegen.

Über den Antrag der Linken wurde namentlich abgestimmt. Dabei wurden 63 Stimmen abgegeben. 12 Abgeordnete votierten mit Ja, 51 mit Nein. Damit ist der Antrag abgelehnt. Der Koalitionsantrag fand mit den Stimmen von SPD, CDU, einigen Abgeordneten der AfD und dem fraktionslosen Abgeordneten Holger Arppe eine Mehrheit. Der Ände-

rungsantrag der Linken wurde mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt.

Antrag DIE LINKE

Drucksache 7/4742

Dringlichkeitsantrag CDU/SPD

Drucksache 7/4781

Änderungsantrag DIE LINKE

Drucksache 7/4787

#### Stichwort Enquete-Kommission

Eine Enquete-Kommission ist eine Arbeitsgruppe, in der umfangreiche Sachverhalte über einen langen Zeitraum erörtert werden. Sie besteht aus Abgeordneten aller Fraktionen sowie externen Sachverständigen. Im konkreten Fall können das unter anderem Klinikbetreiber und Vertreter des Gesundheitsministeriums, der Kommunen, Krankenkassen und Ärzteschaft sein. Sie erörtern das Thema gemeinsam und unter verschiedenen Aspekten. Ziel ist es, Lösungen bzw. Handlungsempfehlungen für Probleme zu finden, aus denen dann gegebenenfalls politische Entscheidungen abgeleitet werden. Bislang gab es in MV vier Enquete-Kommissionen: Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung (1995–1997), Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern (2000–2002), Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung (2007–2011) und Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern (2012–2016).

#### Stichwort Dringlichkeitsantrag

Ein Dringlichkeitsantrag ist ein Antrag, der erst zu Beginn der Landtagsitzung auf die Tagesordnung gesetzt wird. Normalerweise müssen die Fraktionen ihre Beratungsgegenstände laut Geschäftsordnung spätestens zwei Wochen vor der Sitzung bei der Landtagspräsidentin einreichen. Manchmal ergeben sich aufgrund aktueller Entwicklungen Anlässe für Anträge erst nach dieser Frist. Ob ein Antrag für dringlich befunden wird, entscheiden die Abgeordneten. Stimmt mindestens eine Zweidrittelmehrheit der Landtagsmitglieder dafür, wird er nachträglich bzw. zusätzlich auf die Tagesordnung gesetzt. Vor der Abstimmung hat die Fraktion, die den Antrag stellt, die Möglichkeit, die Dringlichkeit in einem kurzen Redebeitrag zu begründen. Alle anderen Fraktionen können darauf erwidern. Wird die Dringlichkeit abgelehnt, kann der Antrag zur nächsten Sitzungswoche im regulären Verfahren eingereicht werden.



# Keine Dauer-Flaggen am Schloss

Sitz des Parlaments wird nur zur Landtagssitzung beflaggt

■ **Europa-Flagge, Deutschland-Flagge und MV-Flagge:** Sie werden weiterhin nicht täglich vor dem Schloss wehen. Nach geltender Verordnung werden Flaggen nur an den Sitzungstagen der Abgeordneten gehisst. Und dabei bleibt es auch: Das Plenum hat mehrheitlich gegen den Vorschlag der AfD gestimmt, den Sitz des Landtages dauerhaft zu beflaggen. Ihr Ansinnen, auch den Plenarsaal mit diesen drei Flaggen auszustatten, fand ebenfalls keine Mehrheit. Beide Anträge wurden in einer gemeinsamen Debatte beraten, in der sich neben der AfD nur DIE LINKE und die fraktionslose Abgeordnete Christel Weißig zu Wort meldeten.

## Stichwort: Beflaggung

Ob und wie öffentliche Gebäude beflaggt werden, kann nicht einfach nach Gutdünken entschieden werden. Grundlage dafür sind die „Beflaggungsverordnung“ und die „Verordnung zur Bestimmung der regelmäßigen Beflaggungstage“ des Landes. Die Staatskanzlei zeigt täglich Flagge: die Europaflagge, die Bundesflagge und die Dienstflagge des Landes. Der Landtag ist laut Verordnung an jedem Sitzungstag mit der Landesflagge und den Flaggen der Landesteile Mecklenburg und Vorpommern beflaggt. Vor anderen Dienststellen und Behörden des Landes, oder die der Aufsicht des Landes unterstehen, werden Flaggen dagegen nur an ausgewählten Tagen gehisst. Dazu gehören zum Beispiel der 1. Mai (Tag der Arbeit), der Tag der Deutschen Einheit, der Volkstrauertag (auf halbmast) oder der Tag, an dem eine Wahl stattfindet. Über den offiziellen Beflaggungskalender hinaus kann der Landesinnenminister aufgrund besonderer Anlässe weitere Beflaggungen anordnen.



Landesflagge versus Dienstflagge: Blau, Weiß, Gelb, Weiß, Rot, quer gestreift – so sieht die Landesflagge aus. Daneben verwenden die Landesbehörden auch eine Dienstflagge. Auf ihr sind zusätzlich noch die beiden Wappentiere, der mecklenburgische Stier und der pommersche Greif, abgebildet.



Quelle: www.regierung-mv.de

„Schwarz-Rot-Gold ist das Symbol für das demokratische Deutschland. Dazu sollte sich ein deutsches Landesparlament auch täglich bekennen“, argumentierte **Christoph Grimm** (AfD), der beide Anträge ins Plenum einbrachte. Die Deutschlandflagge stehe für Freiheit, Wohlergehen, Zugehörigkeit und eine verfassungsgemäße Ordnung. Für einen selbstbewussten, aufgeklärten Patriotismus müsse sich niemand schämen. Auch dem Plenarsaal würden die Flaggen von Land, Bund und EU – zum Beispiel in Form von Standarten – mehr Farbe und eine ganz andere Note verleihen. Mit beiden Ansinnen befände sich MV in guter Gesellschaft zu Ländern wie Bayern, Hessen, Berlin und Thüringen.

Das Ansinnen sei ehrenhaft, offenbare jedoch eine Bildungslücke, meinte **Peter Ritter** (DIE LINKE): „Das Instrument, das Sie vorschlagen, ist falsch.“ Nicht die Landesregierung müsse aufgefordert werden, die Rechtsverordnung zu ändern, sondern der Innenminister. „Oder Sie ändern das Hoheitszeichengesetz.“ Als die Baukommission sich mit der Ausgestaltung des neuen Plenarsaals befasst habe, hätte sich auch die AfD mit Ideen einbringen können. „Ich habe von Ihrer Fraktion keinen Vorschlag gehört“, weder zum Aussehen des Saals noch zur Beflaggung. „Wir lehnen diese Anträge ab.“

Den Plenarsaal zu beflaggen – für **Christel Weißig** (fraktionslos) eine längst überfällige Forderung. Flaggen zu zeigen, bedeute in der Wirkung nach außen auch: „Wir stehen zu unserem Land. Wir sind stolz, Diener des Volkes zu sein.“ Sie warb darum, „ohne viel Gezeter“ zu jeder Sitzung „drei Standarten mit wunderschönen Fahnen“ aufzustellen – und damit „zuversichtliche Aussagekraft und das Gefühl, hier sind wir zu Hause“ zu vermitteln.



An Sitzungstagen wehen vor dem Schweriner Schloss die Europa-Flagge, die Deutschland-Flagge und die MV-Flagge.

Foto: Landtag MV

**Christoph Grimm** (AfD) warf den Koalitionsfraktionen vor, „den Schwanz einzuziehen“. „Sie wissen nicht, was Sie zu diesem Thema sagen sollen, deshalb halten Sie lieber den Mund.“ Auch DIE LINKE habe in ihrem Redebeitrag eine Pirouette nach der anderen gedreht. „Wenn wir die Landesregierung zu etwas auffordern, dann ist natürlich auch der Innenminister gefragt und gemeint.“ Die angeführten Ablehnungsgründe hielt er für vorgeschoben. „Geben Sie das doch zu und sagen Sie, dass Sie ideologisch einfach ein Problem mit Schwarz-Rot-Gold haben.“

**Horst Förster** (AfD) unterstrich, dass es darum gehe, den Sitz des Landtags bei der Beflaggung auf eine Stufe mit der Staatskanzlei zu stellen. „Symbole haben eine große Wirkung.“ Er gehe nicht davon aus, dass es Streit in der Sache gebe. Knackpunkt sei vielmehr, dass die AfD den Antrag stelle. „Seien Sie an der Stelle einfach mal sachlich.“ Er erinnerte daran, dass auch Bundespräsident Steinmeier vor einiger Zeit davor gewarnt habe, Symbole den politischen Rändern zu überlassen. Sein Vorschlag: „Wenn Sie nicht mit uns stimmen mögen, stellen Sie demnächst selbst einen Antrag.“

Beide Anträge wurden mit den Stimmen von SPD, CDU und DIE LINKE abgelehnt. Antrag AfD Drucksache 7/4737  
Antrag AfD Drucksache 7/4749

## Weitere Meldungen

### Nächste Volkszählung kommt 2021

Wie viele Menschen leben in MV? Wie viele Wohnungen gibt es im Land? Daten wie diese werden im kommenden Jahr mit einer Volkszählung auf den neuesten Stand gebracht. Der sogenannte Zensus wird am 16. Mai 2021 stattfinden. Deutschland ist laut EU-Recht dazu verpflichtet, alle zehn Jahre eine Volkszählung durchzuführen. Für die Erhebung werden sowohl bestehende Daten ausgewertet als auch Bürger befragt. Die Ergebnisse sind wichtige Planungsgrundlagen für Bund, Land und Gemeinden. Die Höhe der Einwohnerzahlen hat zum Beispiel Einfluss darauf, wie viel Geld der Bund über den Finanzausgleich ans Land und das Land an die Kommunen zahlt oder wie Wahlkreise eingeteilt werden. Aber auch für die Planung von Schulen, Kindergärten, Altenheimen oder Krankenhäusern spielen die erfassten Daten eine Rolle. Die Bestimmungen zum Ablauf der Erhebung müssen in einem Gesetz geregelt werden, das im März mit den Stimmen von SPD, CDU und DIE LINKE beschlossen wurde.

*Gesetzentwurf Landesregierung*

*Drucksache 7/4445*

*Beschlussempfehlung Innenausschuss*

*Drucksache 7/4762*

### Flüchtlingskinder aus Griechenland

DIE LINKE hat erneut darauf gedrängt, Flüchtlingskinder aus überfüllten griechischen Lagern nach MV zu holen. Mit einem Dringlichkeitsantrag forderte sie die Landesregierung auf, über die vom Bund geäußerten Absichten hinaus zu gehen und weitere Kinder aufzunehmen. Der Koalitionsausschuss des Bundes hatte sich Anfang März bereit erklärt, in Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern bis zu 1500 kranke sowie unbegleitete Kinder und Jugendliche nach Deutschland zu holen. DIE LINKE forderte, dem Bund ein eigenes Angebot zur Aufnahme weiterer Mädchen und Jungen in MV zu machen. SPD und

CDU sprachen sich für eine europäische Lösung und gegen einen Alleingang von MV aus. Die AfD verlangte, die unbegleiteten Kinder zu ihren Eltern zurückzuschicken. Anstatt dem Steuerzahler neue Kosten aufzuerlegen, solle das Geld ihrer Meinung nach lieber vor Ort in ärztliche Hilfe investiert werden. Der Antrag wurde abgelehnt.

*Dringlichkeitsantrag DIE LINKE, Drs. 7/4780*

### Eckwerte weisen Hochschulen den Weg

Mehr unbefristete Stellen, mehr Geld, ein Studiengang für Grundschullehrer in Greifswald – das sind drei Beispiele aus den Eckwerten, die der Landtag mit den Stimmen von SPD und CDU für die Hochschulentwicklung der kommenden Jahre beschlossen hat. Die Eckwerte sind der Wegweiser, in welche Richtung sich die Hochschulen in den Jahren 2021 bis 2025 entwickeln sollen. Auf ihrer Grundlage erarbeiten sie Zielvereinbarungen und Entwicklungspläne, zum Beispiel zu Stellen, Studiengängen, Fächern und Forschungsschwerpunkten. Das Eckpunktepapier ermöglicht es den Hochschulen erstmals, die Anzahl unbefristeter Stellen zu erhöhen und – unter Einhaltung des Stellenplans – flexibler mit Stellen umzugehen. Damit können sie bei Bedarf auch im laufenden Jahr Stellen schaffen oder streichen. Bislang war dies nur in engen Grenzen möglich. Bei den Bauvorhaben liegt der Fokus unter anderem auf dem ULMICUM und BIOMEDICUM in Rostock und der Bibliothek in Neubrandenburg. Mit Blick auf den Fachkräftebedarf legt das Land sein Hauptaugenmerk auf die fachliche Entwicklung der Studiengänge für Mediziner, Juristen, Bauingenieure und Lehrer. Durch die Verstärkung des Hochschulpaktes stehen den Hochschulen zudem von 2021 bis 2023 jährlich rund vier Millionen Euro, ab 2024 rund acht Millionen Euro mehr zur Verfügung. SPD und CDU lobten die erfreulichen Entwicklungen, die sich aus den Eckpunkten ergeben. Für die AfD ging das Papier an vielen Stellen in die falsche Richtung – allem voran in Bezug auf Inklusion, Gender, Frauenquoten und dem geplanten Orientierungsstudium. Sie stimmte, ebenso wie der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe, gegen den Antrag. DIE LINKE hätte sich unter anderem mehr Verbesserungen für die Juristenausbildung in Rostock so-

wie Planungen für einen Hochschulstandort Schwerin gewünscht. Sie enthielt sich in der Abstimmung.

*Antrag SPD/CDU, Drucksache 7/4739*

### Elternzeit heißt Teilzeitplatz



Foto: Cornelius Kettler

Kinder, deren Eltern mit einem Geschwisterkind in Elternzeit sind, haben auch weiterhin keinen Anspruch auf einen Ganztagsplatz in der Kita. SPD, CDU und DIE LINKE sprachen sich gegen den Vorschlag der AfD aus, das Kindertagesförderungsgesetz (KiföG) entsprechend zu ändern. Nach den derzeitigen Regelungen steht diesen Familien maximal ein Teilzeitplatz zu. Für die SPD liegen die Konflikte nicht in der Teilzeitleistung an sich, sondern in den damit verbundenen unflexiblen Bring- und Abholzeiten. Diese gelte es zu ändern. Die CDU beklagte, dass der Gesetzentwurf nichts darüber aussage, wie der Vorstoß personell und finanziell gestemmt werden solle. DIE LINKE wandte sich dagegen, Betreuungszeiten an Voraussetzungen zu knüpfen und sprach sich für einen grundsätzlichen Ganztagsanspruch für alle Kinder aus. Der Gesetzentwurf wurde nach dieser ersten Lesung nicht zu weiteren Beratungen in den Fachausschuss verwiesen.

*Gesetzentwurf AfD Drucksache 7/4738*

### Keine gezielte Jagd auf Kolkkraben

Die AfD-Fraktion verlangt von der Landesregierung mehr Schutz für Weidetiere. In den Mittelpunkt ihres Antrages stellte sie dabei den Kolkkraben, der immer wieder neugeborene Weidetiere angreife, um dann das Aas zu fressen. Nach Ansicht der AfD sollte der Vogel deshalb in die EU-Vogelschutzrichtlinie aufgenommen werden – um eine gezielte Bejagung zu ermöglichen. Dass schwache Tiere das Interesse von Aasfressern erregten, liege in der Natur der Tiere, entgegnete die SPD. Es sei aber mitnichten so, dass auf jeder Weide Kolk-

rabenschwärme nur darauf warteten, über ein neugeborenes Tier herzufallen. Die CDU verwies darauf, dass die Vögel unter bestimmten Bedingungen auch jetzt schon bejagt werden dürften. DIE LINKE meinte, ursächlich für die Probleme von Weidetierhaltern seien weder Wolf noch Kolkrahe, sondern eine verfehlte EU-Agrarförderpolitik. Daran würde auch eine Bejagung des Kolkrahen nichts ändern. Alle drei Fraktionen, SPD, CDU und DIE LINKE sowie die fraktionslose Abgeordnete Christel Weißig lehnten den Antrag ab.

Antrag AfD Drucksache 7/4735

## Debatte um Jura-Studium

Auf den Arbeitsmarkt für Juristen kommen große Herausforderungen zu. Bis 2031 werden 320 Richter und Staatsanwälte in Ruhestand gehen. Demgegenüber stehen ein hohe Abbrecher- und Durchfallquote bei Jura-Studenten. Unter Verweis auf diese Entwicklung warb DIE LINKE darum, die Juristenausbildung in MV stärker in den Blick zu nehmen. Konkret drängte sie darauf, die Qualität der Ausbildung zu verbessern sowie neben Greifswald auch in Rostock wieder „Rechtswissenschaften“ als Studiengang anzubieten. Die AfD pflichtete der Problematik bei und unterstützte die Vorschläge. Sie warb darum, mehr Personal einzustellen, um Studierende gut aufs Examen vorzubereiten. Nach Ansicht der CDU seien weder im Haushalt noch strukturell die Voraussetzungen für einen Studiengang der Rechtswissenschaften in Rostock gegeben. Die SPD ging in der Analyse der Probleme mit den Linken mit, betonte aber, dass Verbesserungen bereits umgesetzt würden oder in Planung seien. Neue Doppelstrukturen in Greifswald und Rostock lehnte sie ab.

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/4747

## Neue Mitglieder für drei Gremien

Der bisherige Fraktionsvorsitzende der CDU, Vincent Kokert, hat mit Wirkung zum März den Landtag verlassen. Aus diesem Grund mussten die Sitze der Fraktion in der Parlamentarischen Kontrollkommission (Angelegenheiten des Verfassungsschutzes), im SOG-Gremium (Sicherheits- und Ordnungsgesetz) und in der G 10-Kommission (zu Brief-, Post-

und Fernmeldegeheimnis) neu besetzt werden. Zur Wahl stand auf Vorschlag der Christdemokraten Ann Christin von Allwörden. In geheimen Wahlen wurde die CDU-Abgeordnete mit großer Mehrheit in alle drei Gremien gewählt. An der Abstimmung hatten sich jeweils 60 Abgeordnete beteiligt. Neues stellvertretendes Mitglied der G 10-Kommission wurde Franz-Robert Liskow.

Wahlvorschläge CDU

Drucksachen 7/4768 bis 7/4770

## Ausschuss bestimmt Vertrauensleute

In diesem Jahr werden an den Verwaltungsgerichten Schwerin und Greifswald sowie am Oberverwaltungsgericht neue ehrenamtliche Richterinnen und Richter gewählt. Die Wahl übernimmt ein beim jeweiligen Gericht bestehender Wahlausschuss. Diesen Wahlausschüssen gehören die Präsidenten der Verwaltungsgerichte, ein von der Landesregierung bestimmter Verwaltungsbeamter sowie sieben Vertrauensleute an. Diese Vertrauensleute wiederum werden von den Landtagsabgeordneten bestimmt. SPD, CDU und DIE LINKE haben sich in einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag darauf verständigt, diese Aufgabe dem Rechtsausschuss zu übertragen. In der Debatte dazu meldete sich nur die AfD zu Wort. Sie wandte sich dagegen, die Entscheidungskompetenz vom Landtag in den Ausschuss zu verlagern. „Unserer Meinung nach ist das eine Frage, die das Plenum zu entscheiden hat.“ Die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter werden für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Ihre Aufgabe ist es, mit Erfahrungen und Kenntnissen aus dem täglichen, beruflichen und sozialen Umfeld die juristisch geprägte Sichtweise der Berufsrichter sinnvoll zu ergänzen.

Dringlichkeitsantrag SPD, CDU, DIE LINKE Drucksache 7/4775

## Kooperatives Ehrenamt

Die Bundesregierung hat die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt mit Sitz in Neustrelitz ins Leben gerufen. Vor diesem Hintergrund hat der Landtag auf Initiative der CDU die Landesregierung beauftragt, die Arbeit der Stiftung zu unterstützen und eine Kooperation mit der Ehrenamtsstiftung des Landes

angeregt. Die Koalitionsfraktionen erhoffen sich davon auch Synergieeffekte und eine Stärkung für das Ehrenamt in MV. Die Opposition hielt den Antrag für unnötig. „Das ist ungefähr so, als würden wir die Einrichtung des Plenarsaals begrüßen und dafür plädieren, dass hier regelmäßig Sitzungen durchgeführt werden“, meinte DIE LINKE. Sie stimmte dem Antrag trotzdem zu, in der Hoffnung, dass er die Bedingungen für das ehrenamtliche Engagement weiter verbessere. Die AfD warnte vor einer „staatlich organisierten Übersteuerung von Ehrenamt“. In der Abstimmung zeigten sich ihre Fraktionsmitglieder uneins: Einige stimmten dem Antrag zu, andere enthielten sich.

Antrag CDU/SPD Drucksache 7/4740

## Kritik am Abrechnungssystem

Wolgast, Parchim, Demmin: Krankenhäuser im Land stehen immer wieder im öffentlichen Fokus, weil sie Schwierigkeiten haben, ihre Abteilungen Geburtshilfe, Gynäkologie sowie in der Kinder- und Jugendmedizin aufrechtzuerhalten. Es fehlt an Geld und Personal. DIE LINKE sieht eine Ursache dafür im pauschalen Abrechnungssystem, über das Kliniken ihre Leistungen bezahlt bekommen. Dieses System werde den besonderen Anforderungen an diese stationären Bereiche nicht gerecht. Im Vergleich zu anderen Abteilungen habe die Geburtshilfe viel höhere Vorhaltekosten, die Kinder- und Jugendmedizin viel weniger planbare Leistungen, dafür aber hohe Notfallquoten und Zeitbedarfe. Sie forderte deshalb, die Kosten für diese medizinische Versorgung nach den tatsächlichen Kosten abzurechnen. SPD und CDU plädierten dafür, das Thema nicht isoliert zu betrachten, sondern in einen größeren Zusammenhang zu rücken – und verwiesen auf ihren Antrag zur Errichtung einer entsprechenden Enquete-Kommission. Nicht zuletzt könne die Abrechnungsfrage nur auf Bundesebene entschieden werden. Die AfD stellte einen Änderungsantrag. Dieser sah vor, alle drei Bereiche im bestehenden Abrechnungssystem zu belassen, dort aber besser auszufinanzieren. In der Debatte ergriff sie nicht das Wort. Beide Anträge wurden abgelehnt.

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/4741

Änderungsantrag AfD

Drucksache 7/4782



## Laufende Gesetzgebung

Stand: 23.03.2020

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/2573	SPD, CDU	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2574	SPD, CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2575	SPD, CDU	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/4017	DIE LINKE	Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Beteiligtentransparenzdokumentation beim Landtag (Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz Mecklenburg-Vorpommern - BeteilidokG M-V)	Rechtsausschuss	1. Lesung: 04.09.2019 in Beratung
7/4301	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung weiterer Gesetze	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 13.11.2019 in Beratung
7/4443	LReg.	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern	Energieausschuss	1. Lesung: 12.12.2019 in Beratung
7/4607	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz	Energieausschuss	1. Lesung: 29.01.2020 in Beratung
7/4613	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Dreiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dreiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 29.01.2020 in Beratung
7/4614	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften	Agrarausschuss	1. Lesung: 29.01.2020 in Beratung
7/4615	SPD, CDU	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Strategiefonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern“	Finanzausschuss	1. Lesung: 29.01.2020 in Beratung
7/4618	AfD	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 29.01.2020 Ablehnung der Überweisung
7/4738	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Einführung der Elternbeitragsfreiheit, zur Stärkung der Elternrechte und zur Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (Kindertagesförderungsgesetz -KiföG M-V)	-	1. Lesung: 11.03.2020 Ablehnung der Überweisung

## Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 29. Januar 2020 entschieden

Stand: 23.03.2020

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/3694	Entwurf eines Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung anderer Gesetze	LReg.	1. Lesung: 19.06.2019 2. Lesung: 11.03.2020	Annahme
7/4445	Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 in Mecklenburg-Vorpommern (Zensusausführungsgesetz 2021 - ZensAG 2021 M-V)	LReg.	1. Lesung: 11.12.2019 2. Lesung: 11.03.2020	Annahme
7/4444	Entwurf eines Gesetzes über die Regulierungskammer Mecklenburg-Vorpommern (RegKG M-V) und zur Änderung der Energiewirtschaftszuständigkeitslandesverordnung	LReg.	1. Lesung: 11.12.2019 2. Lesung: 11.03.2020	Annahme

Foto: Uwe Sinnecker



Mitglieder des Wirtschaftsausschusses zu Besuch bei der Hallen- und Anlagenbau GmbH MV.

Fotos: Landtag

## Vor-Ort-Termin

Wirtschaftsausschuss besucht HAB in Wusterhusen und MV WERFTEN in Stralsund

■ Am 27. Februar hat der Wirtschaftsausschuss die HAB (Hallen- und Anlagenbau GmbH) in Wusterhusen als Mitgliedsunternehmen des Kooperationsverbundes RIC MAZA MV e.V. und im Anschluss die MV WERFTEN Stralsund GmbH besucht, um sich über den aktuellen Stand zu informieren.

Die HAB (Hallen- und Anlagenbau GmbH) gehört zu den modernsten Stahlbaubetrieben in Norddeutschland. Das familiengeführte Unternehmen, in dem heute mehr als 70 Mitarbeiter beschäftigt sind, entwickelt, plant und errichtet Gewerbe-, Industrie- und Gesellschaftsbauten, touristische Anlagen, Komponenten für den Fahrzeugbau sowie Anlagen für den Kernkraftwerksrückbau. Die HAB hat im Jahr 2006 die weltweit erste Tauchgondel für Zinnowitz auf der Insel Usedom gebaut. 2011 wurden die Entwicklung und der Bau des ersten deutschen Meereswellen-

schwimmergenerators gestartet. Mit einer eigenen Forschungs- und Entwicklungsabteilung werden jährlich über 2 Prozent des Gesamtumsatzes zielgerichtet in die Entwicklung neuer Produkte und Prozesse investiert. Im Bereich des Anlagenbaus hat das Unternehmen eine Achterbahn für das Oktoberfest in München, eine Wildwasserbahn für den Safaripark in Dänemark sowie Kabinen für die VIETZ GmbH Hannover gebaut. Zudem werden Kranrahmen für Liebherr in Rostock, Ersatzteile für STILL in Hamburg, LNG-Träger für die NEPTUN WERFT in Rostock sowie eine Wasserstoffanlage für Russland gefertigt. Außerdem ist das Projekt "Energieboje" auf den Weg gebracht worden. Eine Boje, mit der die Bewegung der Wellen in Energie umgewandelt werden soll.

RIC MAZA MV e.V. ist aus dem Kooperationsverband MAZA MV e.V. hervorgegangen und seit dem 1. Januar 2018 mit einem Regionalen Innovationscluster Maritime Zulieferer Allianz Schiffbau (RIC MAZA Schiffbau) tätig. Dem Verbund gehören derzeit 43 Mitgliedsunternehmen (davon 29 Kleine und mittlere Unternehmen) mit insgesamt ca. 2.400 Beschäftigten an. Das größte Mitgliedsunternehmen ist die Ostseestaal GmbH & Co. KG mit etwa 200 Beschäf-



Die MV WERFTEN produzieren an den Standorten Wismar, Rostock und Stralsund Kreuzfahrtschiffe und Yachten.

tigten. Daneben zählen u. a. regionale Schiffbauzuliefer-, Ausrüstungs- und Industriedienstleistungsunternehmen, schiffbaurelevante Ingenieur- und Projektierungsunternehmen sowie Einrichtungen der industrienahen Forschung, Wissenschaft und Bildung zum Verbund. Für das Jahr 2020 wird ein Jahresumsatz der Mitgliedsunternehmen

in Höhe von ca. 340 Mio. Euro erwartet. Seit 2017 hat der Kooperationsverbund mehr als 20 Forschungs- und Entwicklungsprojekte mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums initiiert. Es wurden vier fachspezifische Projektgruppen ins Leben gerufen (innovative Schiffbauerzeugnisse, Umsetzung der Industriestrategie 4.0 und Digitalisierung unternehmensrelevanter Prozesse, effektive Schiffbaukooperation sowie Stärkung und zukunftsrelevante Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte). Ziel ist es, insbesondere die schiffbauliche Wertschöpfungsrelevanz der Erzeugnisse und Leistungen sowie den Anteil kooperativer Schiffbauleistungen von Mitgliedsunternehmen und -einrichtungen am Schiffbau zu erhöhen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Genting Hong Kong hat im März 2016 die drei Nordic-Yards-Werften in Wismar, Rostock und Stralsund übernommen und diese im Juli 2016 in MV WERFTEN umbenannt. Die MV WERFTEN bauen Schiffe für die Kreuzfahrtreedereien Crystal Cruises, Dream Cruises und Cruise Global. Bei den MV WERFTEN in Wismar, Rostock und Stralsund, die zu den modernsten und effizientesten Schiffbaustandorten in Europa gehören, arbeiten derzeit 3.100 Beschäftigte (davon 679 Mitarbeiter in Stralsund). Im April 2017 lag die Mitarbeiterzahl bei den MV WERFTEN noch bei 1.400 Beschäftigten (davon 223 Mitarbeiter in Stralsund). Die Zahl der Auszubildenden und Dualstudierenden bei den MV WERFTEN ist von 102 im Jahr 2017 auf 300 im Jahr 2020 angestiegen. Bislang haben die MV WERFTEN vier Flusskreuzfahrtschiffe der RHINE Class fertiggestellt und bauen derzeit zwei Kreuzfahrtschiffe der Global Class, die in den Jahren 2021 und 2022 abgeliefert werden. Am Standort Stralsund wird die Expeditions-Megayacht „ENDEAVOR“ gebaut, die noch im Sommer 2020 übergeben werden soll. Bis zu 200 Passagiere können auf dieser weltgrößten Megayacht, die mit modernsten, innovativen Technologien und luxuriös ausgestattet wird, in die Tropen und in Polarregionen reisen. Darüber hinaus ist der Bau von vier Kreuzfahrtschiffen der Universal Class geplant, wobei das erste Schiff 2022 fertiggestellt werden soll.

## Zeugen- vernehmung

Landesverwaltung sagte zur Förderung der Wohlfahrtsverbände aus

■ **Auch die Ausschusssitzung am 16. März befasste sich mit dem Landtagsplenum im Jahr 2017 festgelegten Untersuchungsgegenstand, der Landesförderung der Wohlfahrtsverbände in den Jahren 2010 bis 2016.**

Jedoch wurde diese Ausschusssitzung durch die weit aktuellere Problematik der zunehmenden Verbreitung des Corona-Virus geprägt. So kam der Vorsitzende Jochen Schulte mit Verspätung, weil er zuvor an einer Beratung der Fraktionen mit der Landtagspräsidentin teilgenommen hatte. Dort ging es um die weitere parlamentarische Arbeit. Die dazu getroffene Verständigung zum grundsätzlichen Verzicht auf Ausschusssitzungen bis zum 20. April 2020 war schließlich auch die Grundlage für den Ausschuss, sich gegen die Durchführung der nächsten, für den 23. März geplanten, Sitzung auszusprechen. So wurden die bereits geladenen Zeugen für diesen Termin ausgeladen. Auch für die Sitzung am 16. März selbst galten besondere Vorkehrungen. So wurde bei den Besuchern auf der Tribüne wie im Plenum bei den Abgeordneten auf einen Mindestabstand zueinander geachtet, es wurden keine Kugelschreiber geteilt und vielfach Handschuhe genutzt.

Befragt wurden in dieser Sitzung drei Zeugen aus der Landesverwaltung. Seitens des Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LAGuS) schilderten dessen Direktor Dr. Heiko Will und der langjährige Leiter der Förderabteilung Thomas Leder die Praxis der Ausreichung und Kontrolle der Landesmittel. Beide stellten heraus, dass die Grundsatzentscheidungen vom LAGuS letztlich nur umgesetzt wurden. Dabei seien auch im Rahmen des vielfach kritisierten „einfachen Verwendungsnachweises“ wie bei einem „normalen“ Verwendungsnachweis durchaus Belege geprüft wor-



Quelle: [www.lagus.mv-regierung.de](http://www.lagus.mv-regierung.de)

den. Das LAGuS sei bei der Bewilligung der Fördermittel auch nicht an „LIGA-Schlüssel“ gebunden gewesen, sondern habe alle Anträge einzeln entsprechend der Regularien geprüft und beschieden. In den Ausführungen wurde auch noch einmal auf die Einrichtung des LAGuS im Jahre 2006 Bezug genommen und auf die Übertragung umfangreicher Aufgaben im Jahr 2010. Heute werde die Förderabteilung für fünf verschiedene Ministerien tätig und führe Förderungen aus, die in den Ministerien von rund drei Dutzend Fachreferaten betreut würden. Insgesamt gehe es dabei jährlich um über 400 Millionen Euro. Zum Untersuchungsgegenstand gehörten allein rund 700 Projektförderungen.

Nach den Zeugen aus dem LAGuS erläuterte der ehemalige Referatsleiter im Sozialministerium Claus Wergin die Grundsätze der Freien Wohlfahrtspflege und die Steuerung durch das Sozialministerium. Er betonte, Steuerung erfolge weniger durch Geld als durch inhaltliche Erörterungen und Absprachen. Förderungen für die Wohlfahrtspflege seien notwendig, weil auf dem Markt nicht alle sozialen Angebote finanziert würden. Viele Beratungs- und Hilfeleistungen seien ohne die Freie Wohlfahrtspflege nicht denkbar. Dabei sei das Land nicht an einen „LIGA-Schlüssel“ gebunden gewesen. Vielmehr handele es sich dabei um einen LIGA-internen Antragschlüssel. Damit hätten sich die Verbände lediglich untereinander abgestimmt über ihre Aufgabenverteilung. Das Land habe dann von den Verbänden die entsprechenden Anträge erhalten und diese im ganz normalen Verfahren bearbeitet.



## Expertenanhörung

Parlamentsforum  
Südliche Ostsee in Elbląg

Am 2. März hat in Elbląg (Polen) die internationale Expertenanhörung zur Vorbereitung der Jahreskonferenz des 18. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Danzig stattgefunden. Sie dient der Erarbeitung einer gemeinsamen Resolution aller Partnerparlamente. Der Landtag MV arbeitet gemeinsam mit dem Landtag Schleswig-Holstein, der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, den Sejmiks der Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren sowie der Kaliningrader Gebietsduma im Parlamentsforum Südliche Ostsee zusammen. Die Delegation des Landes MV war durch die Vizepräsidentin Beate Schlupp sowie die Abgeordneten Dirk Friedriszik und Dietmar Eifler vertreten. Thema der diesjährigen Konferenz ist „Der European Green Deal – Wasser und Klimawandel“. Die Experten der Partnerparlamente haben über die mit dem Klimawandel verbundenen Herausforderungen referiert.

Während der Eröffnung des Expertentreffens durch die Vorsitzenden der Regionalparlamente der Woiwodschaft Ermland-Masuren und Pommern sowie des Stadtpräsidenten von Elbląg hat der Vizepräsident des Sejmik Pommern Grzegorz Grzelak betont, dass es einer Änderung der Gewohnheiten sowie der Nutzung von Innovationen bedürfe. Im Anschluss daran hat Dr. Andreas Lehmann von GEOMAR (Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel) zum Thema „Klimawandel im Ostseeraum – eine Bestandsaufnahme der letzten 40 Jahre“ berichtet. Er hat darauf hingewiesen, dass in den vergangenen 40 Jahren die Lufttemperatur über der Ostsee um ca. 2°C angestiegen sei. Dies wiederum habe Auswirkungen auch auf die Wassertemperatur. Die erhöhte Wassertemperatur würde die Löslichkeit des Sauerstoffs beeinflussen und



V.l.n.r.: D. Eifler, 1. Vize-Präsidentin des Landtages MV Beate Schlupp, D. Friedriszik und Experte Prof. B. Lennartz

Foto: Landtag MV

zusammen mit der Eutrophierung zu stärkerer Sauerstoffzehrung und einer Ausdehnung von Sauerstoffmangelgebieten führen. Außerdem habe der Salzgehalt in der Ostsee an der Oberfläche leicht abgenommen, während er in größeren Tiefen zugenommen habe. Dies habe eine stärkere Schichtung zur Folge und erschwere den Austausch zwischen den Schichten. Im Bereich der Ostsee komme es zu einer Hebung und Senkung von Landmassen, dadurch falle beispielsweise im Bereich der nördlichen Ostsee der Meeresspiegel während er in der Region Deutschland und Dänemark ansteige.

Der Experte Mecklenburg-Vorpommerns Prof. Dr. Bernd Lennartz von der Universität Rostock hat über die Nitratbelastung der Wasserressourcen in landwirtschaftlich genutzten Gebieten gesprochen. Er hat sich besorgt darüber geäußert, dass die Nitratbelastung die Wasserqualität aufgrund von intensiver Düngung in der Landwirtschaft verringere. Trotz strengerer Regelungen zur Düngung sei die Qualität des Grundwassers oftmals unzureichend und habe sich über die letzten Jahrzehnte eigentlich nicht verbessert. Infolge der Nitratbelastung müssten Trinkwasserbrunnen in 20 bis 30 m Tiefe abgestellt werden. So sei die flächendeckende künstliche Entwässerung über Drainagen verantwortlich für große Stickstoffeinträge. Durch den Regenabfluss würde auch die Nitratkonzentration

ansteigen, da durch das Wasser Nitrat ausgewaschen werde. Es gebe mehrere Möglichkeiten die Konzentration zu reduzieren beispielsweise durch Reduzierung der Düngung, da es große Vorkommen an Stickstoff im Boden gebe, oder durch die Reduktion der Wasserflüsse, damit würde Wasser länger im Boden gehalten werden, um Stickstoff binden zu können. Die Nitratbelastung betreffe neben dem Grundwasser auch Flüsse, Seen und Meere. Die durch natürliche Prozesse bedingte Algenblüte werde durch die erhöhten Nährstoffeinträge noch verstärkt. Dies könne dazu führen, dass Gewässer veralgen und im schlimmsten Fall drohe Fischsterben und ein Umkippen von Seen. Die Helsinki Kommission habe dazu klare Ziele formuliert. Prof. Lennartz hat betont, dass selbst eine schnelle Reduzierung der Düngung und damit einhergehenden Nitratbelastung erst in Jahrzehnten spürbar sei.

Prof. Dr. Stanisław Czachorowski von der Universität Olsztyn hat ausgeführt, dass sich die Klimaräume wie beispielsweise Wüsten verschieben würden und mit einem um 2 m erhöhten Wasserspiegel Ende des Jahrhunderts zu rechnen sei. Er hat betont, dass die Menschen in Anbetracht des Klimawandels ihr Verhalten zwingend ändern müssten. Die bisherige Denkweise, Wassermengen schnellstmöglich abzuführen, müsse geändert werden. Durch die steigenden Temperaturen würden sich Vegetati-

onszeiten verlängern, demgegenüber stehe aber der zukünftig zunehmende Wassermangel. Es seien verstärkt Wasserspeicher einzusetzen sowie der Wasserkreislauf auszudehnen. So müsse die großflächige Bodenversiegelung z. B. durch Rasenparkplätze, Anpflanzung von Bäumen oder Blumenwiesen reduziert, sowie kreative Ideen genutzt werden, um beispielsweise Regenrückhaltebecken in die städtische Entwicklung zu integrieren.

Ryszard Gajewski (Vorstandsvorsitzender von Wody Gdańskie Sp. z o.o.) hat ausgeführt, dass in und um Danzig Messstationen zur Messung des Niederschlags eingerichtet worden seien. Diese würden sehr unterschiedliche Niederschlagsmengen trotz geografischer Nähe zueinander aufweisen. In den letzten Jahren hätten die Niederschläge mit über 100 mm Niederschlag zugenommen. Allein im Jahr 2018 sei drei Mal ein solcher Regen verzeichnet worden. Das Niederschlagswasser müsse verstärkt auf Grünflächen gehalten oder Wasserspeicher für Trockenzeiten eingesetzt werden.

Grażyna Skrzypek (Department für Umweltschutz am Marschallamt der Woiwodschaft Westpommern) hat den Teilnehmern/-innen einen Überblick über die verschiedenen Landesdokumente und strategischen Werkzeuge in Bezug auf Wasser und den Klimawandel gegeben. Es seien viele verschiedene Maßnahmen für Hochwasserschutz, aber auch für Trockenzeiten geplant. So habe man die Einrichtung von Retentionsbecken zum Schutz gegen die Gefahren, die von der Ostsee ausgingen sowie Maßnahmen in den Städten und der Grüninfrastruktur zur Wassernutzung im urbanen Raum geplant. Es gebe unter anderem ein Landesprogramm zur Renaturierung von Oberflächengewässern.

Die Ergebnisse werden in die Resolution einfließen, die im Rahmen der Jahreskonferenz im Mai beschlossen werden soll.

## Thema Schule

Einschulung an einer örtlich nicht zuständigen Schule im Petitionsausschuss beraten

■ **Während für die weiterführenden Schulen ab Klasse 5 in MV die freie Schulwahl möglich ist, schreibt das Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommern (SchulG M-V) vor, dass die Einschulung der Grundschüler grundsätzlich an der örtlich zuständigen Schule zu erfolgen hat. Aus wichtigem Grund kann jedoch der Schulträger der örtlich zuständigen Grundschule, die Gemeinde, eine Ausnahme gestatten. Eine solche begehrte Ausnahmegenehmigung für den Besuch der örtlich nicht zuständigen Grundschule war Gegenstand der am 27. Februar durchgeführten Beratung des Petitionsausschusses.**

Die Eltern eines Grundschülers hatten sich im Juli 2019 an den Petitionsausschuss gewandt und die Einschulung ihres Sohnes an einer örtlich nicht zuständigen Schule gefordert, die von der Gemeinde abgelehnt worden war. Den hiergegen eingelegten Widerspruch hatte das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Bildungsministerium) zurückgewiesen. Die Petenten führten an, dass bereits die ältere Schwester des Grundschülers den begehrten Schulstandort besucht und jeden Morgen zur Schule gebracht wird. Es würde daher den Familienalltag erleichtern, wenn auch der Sohn diesen Schulstandort besuchen würde, der übrigens näher am Wohnort der Petenten sei als der Ort der örtlich zuständigen Schule. Die Busfahrt zur örtlich zuständigen Schule wäre aufgrund ihrer langen Dauer für den Sohn unzumutbar. Zudem würde der Sohn an dem begehrten Schulstandort zusammen mit seinen Freunden eingeschult werden, da er dort bereits den Kindergarten besucht hatte.

In der Ausschussberatung begründeten der Bürgermeister des Schulstandortes und eine Vertreterin des Bildungsministeriums zunächst die Gründe für die Ablehnung. So seien die Eltern erst nach

der Einschulung des älteren Geschwisterkindes, das bereits die Regionalschule besucht, umgezogen. Zwar könne eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden, wenn die Betreuung des Schulkindes vor oder nach dem Schulunterricht nicht gesichert sei, vorliegend gebe es aber eine Hortbetreuung. Auch hätten die Eltern nicht nachgewiesen, dass eine Berufstätigkeit am Wunschstandort bestehe. Vielmehr könne das Kind den Schulbus zur örtlich zuständigen Schule nutzen, wobei die Fahrtdauer von 15 min zumutbar sei. Da sich die zuständige Schule im Landkreis Nordwestmecklenburg und die Wunschschule im Landkreis Rostock befindet, waren auch Vertreter der beiden betroffenen Landkreise eingeladen worden. Diese verwiesen auf die Pflicht der Landkreise, eine Schülerbeförderung zu den örtlich zuständigen Schulen sicherzustellen. Die Organisation dieser Schülerbeförderung erfordere aber eine tragfähige Schulentwicklungsplanung, die die Festlegung von Einzugsbereichen voraussetze.

Die Ausschussmitglieder gelangten zu der Auffassung, dass die in dem konkreten Fall erfolgte Ablehnung, den Grundschüler an einer anderen als der örtlich zuständigen Schule einzuschulen, rechtmäßig war. In lebhafter Diskussion wurden jedoch auch das Für und Wider der verpflichtenden Einschulung an der örtlich zuständigen Grundschule abgewogen. So kritisierten die Ausschussmitglieder, dass der Elternwille oft völlig unberücksichtigt bleibe, obwohl neben familienorganisatorischen Gründen mitunter auch die mangelnde Attraktivität einzelner Grundschulen dazu führe, dass ein anderer Schulstandort vorgezogen werde.

In diesem Zusammenhang wurde auch betont, dass es dem Gesetzgeber obliege, die Regelungen zur Schulwahl zu treffen, während die Verwaltung bei der Umsetzung an das geltende Recht gebunden ist. Vor dem Hintergrund, dass in einem verhältnismäßig dünn besiedelten Flächenland eine belastbare Schulbedarfsplanung für die Einteilung in Einzugsbereiche im Primärbereich förderlich ist und im konkreten Fall von einer rechtmäßigen Entscheidung auszugehen ist, hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, dem Landtag zu empfehlen, das Petitionsverfahren abzuschließen.

## "Frecher als die Etablierten"

Eine neue Zeitung hatte 1990 Platz für neue politische Akteure

■ Im Oktober 2020 jährt sich zum 30. Mal der Tag, an dem der Landtag des neu gegründeten Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern ins Schweriner Schloss einzog. Das Jahr vor dem Einzug war eines der spannendsten und abwechslungsreichsten der jüngeren deutschen Geschichte. Am 9. November 1989 war nach 28 Jahren die innerdeutsche Grenze geöffnet worden. Bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 überschlugen sich in der DDR die Ereignisse. Manche Details drohen in Vergessenheit zu geraten.

Deshalb wollen wir Zeitzeugen zu Wort kommen lassen, die diese so ereignisreiche Phase in Bezug zum Schweriner Schloss miterlebt haben und diese Details erinnern. Diesmal: Die Macher der Mecklenburgischen Volkszeitung (MVZ).

Unabhängig von der Debatte über eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wurden im Winter 1989/90 in der DDR die Weichen gestellt, dass das Schweriner Schloss Landtagssitz werden konnte. Eine Verwaltungsreform sollte die 1952 abgeschafften Länder auferstehen lassen, Schwerin war als Hauptstadt für Mecklenburg-Vorpommern im Gespräch. „Ein altes Land, das neu entsteht – Guten Tag Mecklenburg-Vorpommern“, lautete am 15. Februar 1990 die Schlagzeile der Mecklenburgischen Volkszeitung (MVZ). Es war die erste Ausgabe einer wiederbelebten Zeitung, die in der Weimarer Republik „einen renommierten demokratischen Ruf hatte und von den Nazis verboten wurde“, wie Karsten Schröder berichtet. Er gehörte zu den sechs Gesellschaftern der MVZ, die das Experiment wagten, der neuen Demokratie im Norden der DDR die immanently wichtige ausgewogene Öffentlichkeit zu verschaffen.



Die erste Ausgabe der MVZ erschien am 15. Februar 1990.

Die Idee für die neue MVZ entstand laut Schröder am Runden Tisch in Rostock. Die zur PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) gewandelte SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) sowie die übrigen DDR-Parteien hatten allesamt ihre Parteizeitungen. Den neuen demokratischen Parteien, Gruppierungen und Basisgruppen aber fehlte eine publizistische Bühne. „Es ging darum, politischen Strömungen einen Platz zu geben, die in der dominierenden Ostsee-Zeitung der PDS unterbelichtet waren.“

Schröder arbeitete damals wie heute im Rostocker Stadtarchiv. Der Zeitgeschichtler interessierte sich schon für den Journalismus. Als er die Chance bekam, bei der MVZ mitzuwirken, griff er zu und ließ sich für zwei Monate freistellen. Schröder war es, der den Namen der früheren SPD-Parteizeitung „Mecklenburgische Volkszeitung“ vorschlug. Postwendend wollte sich die SPD mit drei Gesellschaftern beteiligen. Harald Ringstorff, von 1998 bis 2008 Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns, war einer von ihnen. Die SPD-Beteiligung verhalf der Zeitung zu den 1933 enteigneten MVZ-Räumen in der Doberaner Straße in Rostock. West-



deutsche Aufbauhelfer der in der DDR neugegründeten SPD unterstützten die Gesellschafter, als es galt, eine GmbH und ein Gewerbe anzumelden sowie die Lizenz zu bekommen, eine Zeitung mit 100.000 täglicher Auflage verkaufen zu dürfen.

Drei der MVZ-Gesellschafter - der Journalist Wolfgang Grahl, der von den „Norddeutschen Neuesten Nachrichten“ kam, der Werbekaufmann Horst Kirschneck und Karsten Schröder - brachten eine bunte, enthusiastische Gruppe zusammen, die, so erinnert sich Martina Plothe, anfangs „ziemlich unstrukturiert“ acht Seiten MVZ füllten. Die damalige Betriebszeitungsvolontärin und heutige Journalistin hatte am Rande einer öffentlichen Veranstaltung von der MVZ-Gründung erfahren. „Die Bedingungen für die Produktion der ersten Ausgabe waren abenteuerlich“, erinnert sie sich. Mehrere Redakteure teilten sich eine Schreibmaschine, die ersten sogenannten Spiegel für das Setzen der Seiten entstanden auf dem Fußboden. Es fehlten Stühle, Tische und Telefone. „Was heute so einfach erscheint“, so Karsten Schröder, „war damals kompliziert. Aber es hat funktioniert.“

Recherchiert und geschrieben haben sie oft bis spät in die Nacht. Martina Plothe: „Die Themen lagen zuhauf auf der Straße damals oder sie wurden von Lesern in die Redaktion getragen. Bearbeitet haben wir sie auf Zuruf. Es gab kein Redaktionsstatut und keine Verlagsräson. Den Posten des Chefredakteurs vergaben wir anfangs im Rotationsprinzip. Erst später wurden Wolfgang Grahl und dann Frauke Kaberka auf den Chefposten gewählt.“

„Wir waren frecher, haben uns mehr getraut als die etablierten Zeitungen“, sagt Martina Plothe. Das zeigte sich auch in Überschriften wie „Es stinkt im Interhotel“ oder „Der Ostsee-Würger heißt Gülle“, in den witzigen Wettervorhersagen oder den Fotos spärlich bekleideter Strandschönheiten. Die MVZ schrieb früher als die einheimische Konkurrenz über Homosexualität und über die großherzogliche Vergangenheit des Landes. Vor allem aber wollten die MVZ-Macher hartnäckig nachfragen und Missstände aufdecken. „Wir haben über ein in der Nähe von Rostock entdecktes Waffen-



Martina Plothe war bei der MVZ vor allem für den Kulturteil zuständig.

lager der DDR ausführlich berichtet, während andere Rostocker Zeitungen das Thema eher sparsam abhandelten“, so Plothe. Wenn Arbeiter der MVZ von Missständen in ihren Betrieben erzählten, fand die Geschichte Platz im Blatt, ohne dass die Gegenseite befragt wurden, wie Martina Plothe selbstkritisch zurückblickt. Viel Raum bekamen in der MVZ die neuen demokratischen Bewegungen. Parteien und Gruppen; das Neue Forum genauso wie die konservative Deutsche Soziale Union (DSU). „Wir sollten eine demokratische Zeitung machen, kein Partei-Blatt“, erinnert sich Karsten Schröder. Im Nachhinein findet Martina Plothe hingegen, die SPD habe der MVZ doch manches Thema „hineinzudrücken versucht“.

Die Ausstattung der MVZ-Redaktion verbesserte sich nach und nach mit materieller Hilfe und personeller Unterstützung zweier westdeutscher Zeitungen. Dennoch kam die MVZ nie auf einen grünen Zweig. Sie lebte von einem 100.000-Mark-Kredit, den die Gesellschafter zu Beginn aufgenommen hatten, „und mit Verkaufs- und Anzeigenerlösen quasi von der Hand in den Mund“, wie Martina Plothe es ausdrückt.

Im Zeitungs-Alltag blieben viele Hürden zu nehmen. Papier- und Druck-Kapazitäten wurden nur frei, weil die ersten Betriebszeitungen im Bezirk Rostock die Segel strichen. Beim vormals SED-eigenen Ostsee-Druck in Rostock wurde die MVZ jeden Tag vor allen anderen Zeitungen angedruckt. „Drei Seiten mussten als Stehsatz zum Teil Tage vorher in der Druckerei vorliegen. Die letzte Seite mussten wir um 17 Uhr liefern. Fußball- oder Wahlergebnisse bekamen wir nie



Rostocks Stadtarchivar Karsten Schröder war einer der Gesellschafter der MVZ.

aktuell ins Blatt“, sagt Plothe. Außerdem musste die MVZ mit altmodischem Bleisatz vorlieb nehmen, wodurch sie ein ebenso altmodisches Aussehen bekam. Die Ostsee-Zeitung wurde längst im modernen Offset-Verfahren hergestellt. Der Zeitungsvertrieb der DDR weigerte sich anfangs, die MVZ an ihre Abonnenten auszuliefern. Viele Kioske legten die neue Zeitung unter die althergebrachte Konkurrenz.

Laut Martina Plothe waren es viele Umstände, an denen das Projekt „MVZ“ scheiterte. Anfangs fehlte ein Lokalteil und spätestens im Sommer 1990 ein Alleinstellungsmerkmal. „Die anderen Zeitungen hatten sich inzwischen geöffnet für eine pluralistische Berichterstattung. Die neuen demokratischen Kräfte waren nicht mehr auf die MVZ angewiesen.“ Außerdem drängten all die bunten, schrillen Zeitungen aus dem Westen auf den ostdeutschen Markt. „Wir hätten Zeit und einen Investor gebraucht“, so Karsten Schröder. „Und wir hatten fest damit gerechnet, dass die SED-Bezirkszeitungen wie die Ostsee-Zeitung verschwinden würden.“

Die Zahl der Käufer und Abonnenten der MVZ sank ständig. Am 5. September 1990 erschien die letzte Ausgabe. „Die Möglichkeit, einen wirklich freien, unabhängigen Journalismus zu machen, gab es nur in dieser zeitlichen Lücke zwischen dem Alten und dem Neuen, das noch kommen sollte“, sagt Martina Plothe. „Wir hatten die Aufgabe, den neuen politischen Akteuren eine Stimme zu geben“, sagt Karsten Schröder, „und die haben wir gut erfüllt“.

Andreas Frost



Die Bürgerinitiative „Rettet die Jarmener Mühle“ hat mehr als 10.000 Unterschriften für den Erhalt der letzten industriellen Getreidemühle Mecklenburg-Vorpommerns und des Mühlenstandortes Jarmen gesammelt. Die Unterschriftenlisten wurden am 11. März Landtagspräsidentin Birgit Hesse (2.v.l.) übergeben. Auch die 2. Vizepräsidentin des Landtages, Dr. Mignon Schwenke (li) und Landwirtschaftsminister Till Backhaus (re) waren zugegen. Am 12. März beschäftigte sich der Landtag im Rahmen einer Aussprache mit dem Schicksal der mehr als 100-jährigen Mühlentradition in Jarmen.



Die Sondersitzung des Kabinetts am 14. März im Schweriner Schloss war der Auftakt zu einer Vielzahl von Beratungen und Abstimmungen im Rahmen der Corona-Pandemie. Zu der Sondersitzung im Plenarsaal kamen Regierungsvertreter, Vertreter der kommunalen Ebene sowie der Präsident des Robert-Koch-Instituts, Lothar Wieler, zusammen, um das weitere Vorgehen zu beraten. Wesentliche Entscheidung der Sondersitzung war die sofortige Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen bis 20. April 2020.

Mit einem öffentlichen Rückkehrerappell auf dem Alten Garten in Schwerin sind am 6. März rund 400 Soldatinnen und Soldaten nach mehrmonatigen Auslandseinsätzen wieder in der Heimat begrüßt worden. Auch Landtagspräsidentin Birgit Hesse und weitere Abgeordnete des Landtages nahmen an dem Appell teil – sie drückten somit ihren Dank und ihre Anerkennung gegenüber den Soldatinnen und Soldaten aus.

